



**Bund der Steuerzahler  
in Bayern e.V.**



# **Besteuerung und Wirtschaftswachstum: Schlussfolgerungen für eine Steuerreform in Deutschland**

Von Richard Vedder und Jonathan Robe

München, 7. Dezember 2009

## Impressum



Bund der Steuerzahler  
in Bayern e.V.

Taxpayers Association of Europe (TAE)  
Bund der Steuerzahler in Bayern e. V  
Nymphenburger Str. 118, D-80636 Munich  
[info@taxpayers-europe.org](mailto:info@taxpayers-europe.org)  
[www.taxpayers-europe.org](http://www.taxpayers-europe.org)

Abdruck honorarfrei. Bei Veröffentlichung Quellenangabe erforderlich.

Autoren der Studie sind Prof Richard Vedder und Jonathan Robe.

Die Studie wurde vom Bund der Steuerzahler in Bayern e. V. und der Taxpayers Association of Europe in Auftrag geben.

Druck und Veröffentlichung im Eigenverlag.

München, 7. Dezember 2009

# Vorwort

## Deutschland muss in der Steuerpolitik handeln

Hohe Steuern bremsen massiv das Wirtschaftswachstum, verringern die Einkommen und damit den Wohlstand der Bevölkerung. Je länger Regierungen ihren Bürgern hohe Steuerlasten aufbürden, desto größer sind die Wohlstandsverluste.

Diese Studie von Professor Richard K. Vedder und Jonathan Robe liefert den Nachweis, dass es nicht nur in der Theorie einen engen negativen Zusammenhang zwischen hohen Steuern und Wirtschaftswachstum gibt (wie ihn etwa die Laffer-Kurve darstellt). Vielmehr weisen die Autoren der Studie einen deutlich negativen Zusammenhang sowohl bei einem inneramerikanischen Vergleich zwischen den US-Bundesstaaten mit hohen und niedrigen Steuerlasten als auch bei einem internationalen Vergleich zwischen den Hochsteuer- und den Niedrigsteuerstaaten der OECD nach.

Die Studie lässt zudem keinen Zweifel: Deutschland ist im internationalen Vergleich ein Hochsteuerland, weshalb es seit vielen Jahren unter seinen wirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten bleibt. Will Deutschland die enormen fiskalpolitischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft meistern, muss es die Steuerbelastung drastisch reduzieren. Am Beispiel des Hochsteuerlands Deutschland wird aufgezeigt: Steuersenkungen sind sinnvoll. Sie führen zu mehr Wachstum und damit langfristig zu höheren Steuereinnahmen. Steuersenkungen und höhere Staatseinnahmen sind kein Widerspruch. Im Gegenteil! Es ist für Deutschland höchste Zeit, hier zu handeln.

Herzlichen Dank an Professor Richard K. Vedder<sup>1</sup> und Jonathan Robe für die Ausarbeitung dieser informativen Studie, die vom Bund der Steuerzahler in Bayern e.V. und von der Taxpayers Association of Europe (dem europäischen Steuerzahlerbund) in Auftrag gegeben wurde. Unser Dank gilt dem Bund der Steuerzahler in Bayern e. V. für die Finanzierung der Studie. Herzlichen Dank auch an Johannes Maruschik, Glasshouse – Center For Studies On A Free Economy, der diese Studie ins Deutsche übersetzt hat.

Rolf von Hohenhau  
Präsident  
Taxpayers Association of Europe

Michael Jäger  
Generalsekretär des Bundes der  
Taxpayers Association of Europe

---

<sup>1</sup> Professor Richard K. Vedder lehrt Economics an der University of Ohio. Er war Berater von unter anderem Ronald Reagan und Wladimir Putin. Professor Vedder hat sich mit einer Vielzahl von Veröffentlichungen weltweit einen Namen gemacht (insbesondere auch mit seinem Buch ‚Out Of Work – Unemployment and Government in Twentieth-Century America‘).

## Grußwort

Keine Frage ist zurzeit derart Gegenstand der wirtschaftspolitischen Diskussion, wie diejenige, welche steuerpolitischen Maßnahmen kurz- und mittelfristig in Deutschland angezeigt sind.

Die Grundproblematik ist dabei allen Beteiligten klar: Zum einen müssen wir den sich – glücklicherweise – immer klarer abzeichnenden, beginnenden Aufschwung stärken und dürfen ihn nicht schwächen. Zum anderen müssen wir im Interesse der zukünftigen Generationen die Haushaltskonsolidierung als Bestandteil einer besonnen und verantwortungsvollen Politik fest im Blick behalten.

Aus steuerpolitischer Sicht gilt es daher, weiterhin gezielt Impulse zur Stärkung des Wirtschaftswachstums zu setzen, aber auch rechtzeitig Maßnahmen für die in den nächsten Jahren anstehende Haushaltskonsolidierung zu ergreifen – eine wirtschafts- und finanzpolitische Gratwanderung zweifellos.

Wenn man sich dann die Tatsache vor Augen führt, dass Schuldenabbau und Haushaltskonsolidierung dauerhaft und wirksam im Wesentlichen durch Wirtschaftswachstum ermöglicht werden, stellt sich geradezu zwingend die Frage nach dem konkreten Wirkverhältnis von Besteuerung und Wirtschaftswachstum.

Dieser in der aktuellen, konjunkturellen Situation für Deutschland so entscheidenden Frage widmet sich die vorliegende Studie aus der Feder des angesehenen und mehrfach ausgezeichneten Wirtschaftswissenschaftlers Richard Vedder, Ph.D., Professor an der Ohio University.

Sie untersucht dabei insbesondere die für die Steuerpolitik so maßgeblichen Zusammenhänge, wie die positiven Auswirkungen von steuerlichen Entlastungen auf das Wirtschaftswachstum sowie auf die Motivation zur Wertschöpfung und der Wirkungen auf die Höhe der Gesamtheit der Steuereinnahmen.

Damit zeigt die Studie von Professor Richard Vedder Schlussfolgerungen für Deutschland auf, die gerade im Kontext der oben skizzierten Gratwanderung entscheidende Handlungsempfehlungen für die deutsche Steuerpolitik in diesem sowie in den folgenden Jahren gibt.

München, den 7. Dezember 2009

Franz Josef Pschierer  
Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen

## Einführung

Regierungen benötigen finanzielle Mittel, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Ihre wichtigste Einnahmequelle sind Steuern, die man wiederum als den ‚Preis‘ staatlicher Leistungen ansehen kann. Sind Staatsapparate groß, wie das in Europa und in den Volkswirtschaften aller Industrieländer der Fall ist, sind typischerweise auch die Steuerlasten hoch. Hohe Steuerlasten können aber entscheidenden Einfluss auf die wirtschaftlichen Handlungen der Bevölkerung haben. Zum Beispiel Arbeitnehmer werden bei höheren Löhnen und Gehältern verstärkt ihre Arbeitskraft anbieten. Reduziert der Steuerabzug aber ihr Nettoeinkommen, kann das ungewollt das Volumen des Arbeitskräfteangebots verringern – und damit eine schrumpfende Produktion sowie ein geringeres Wirtschaftswachstum nach sich ziehen. Auf der anderen Seite ist zumindest theoretisch denkbar, dass steuerfinanzierte staatliche Leistungen das Wirtschaftswachstum erhöhen. Welcher Effekt wirkt in der Realität stärker? Erhöhen oder verringern Steuern die Wachstumsraten der Volkswirtschaft? Eine Auswertung des vorhandenen Beweismaterials zeigt: In entwickelten Volkswirtschaften bremsen höhere Steuern nahezu immer das Wirtschaftswachstum.

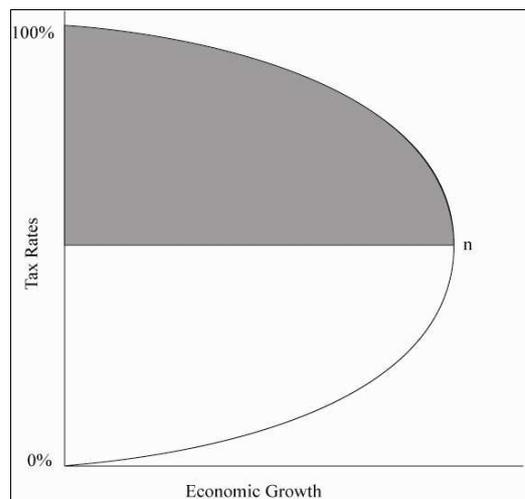
## Das Verhältnis zwischen Steuerlasten und wirtschaftlichem Wohl

Die berühmte ‚Laffer-Kurve‘ stellt in theoretischer Form die negativen Effekte dar, die hohe Steuersätze auf Steuereinnahmen haben können. Die grundsätzliche Aussage der Laffer-Kurve: Niedrigere Steuern schaffen Anreize für weiteres Wirtschaftswachstum, höhere Steuersätze reduzieren diese Anreize effektiv. Setzt Wirtschaftswachstum ein, steigen die Steuereinnahmen (bei niedrigeren Steuersätzen). Aus diesem Grund lässt sich mit der Laffer-Kurve generell die Beziehung zwischen Steuern und Wirtschaftswachstum darstellen: Unter der Annahme ansonsten gleich bleibender Bedingungen bremsen höhere Steuern tendenziell zusätzliches Wachstum. Niedrigere Steuern dagegen sind ein Anreiz für Wachstum, da die Privatwirtschaft mit ihren Aktivitäten höhere Erträge erzielt.

Eine modifizierte Version der Laffer-Kurve (siehe Abbildung 1) besagt: Regierungen können zwar die Besteuerung von Einkommen oder der Produktion zwischen 0 % und 100 % variieren, doch bei einem bestimmten Steuersatz erreicht das Wirtschaftswachstum ein Optimum. Steuerlasten von 0 % (es gibt keine Regierung) oder von 100 % (vollständig enteignende Steuern) verhindern jegliches Wirtschaftswachstum (bzw. es kann kein Einkommen erwirtschaftet werden). Keine der beiden Optionen ist erstrebenswert. Bei einem Steuersatz von 0 % fehlt jede Möglichkeit, ein Rechtssystem unter anderem zum Schutz des Eigentums zu schaffen oder durchzusetzen. Bei einer Steuerbelastung von 100 % wiederum würde der Staat alles kassieren, was erwirtschaftet wurde – würde folglich jeder Anreiz zum Arbeiten, Sparen oder Investieren fehlen. Extreme Steuerpolitik verringert also das Wirtschaftswachstum. Folglich lautet die Kunst der Politik, die Lösung zu finden, bei der maximales Wachstum erzielt wird. Wie Abbildung 1 zeigt, fördert die Einführung von Steuern dort, wo es zuvor keine gab, zunächst Wirtschaftswachstum. Aber irgendwann

wird der Punkt erreicht (*n-Punkt* in Bild 1), ab dem höhere Steuern das Wirtschaftswachstum bremsen und behindern – und das lange bevor eine Steuerlast von 100 % erreicht wird.<sup>2</sup> Laut Laffer (2004) befinden sich alle Steuersätze oberhalb dieses Punkts im ‚prohibitiven Bereich‘. Das heißt, sie verringern das Wirtschaftswachstum. Hier setzt das zentrale Argument dieser Studie an: *Die Regierungen der westlichen Welt agieren in aller Regel in dem Bereich, in dem Steuererhöhungen mit einem gebremsten Wirtschaftswachstum einhergehen.*

**Abbildung 1: Beziehung zwischen Steuersätzen und Wirtschaftswachstum**



Die Aussagen der Laffer-Kurve im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Steuerlast und Wirtschaftswachstum wird von umfangreicher wissenschaftlicher Literatur gestützt. Ein Großteil dieser Literatur beschäftigt sich mit dem in den USA vorliegenden Beweismaterial. Die vielleicht älteste empirische Studie, die sich mit der Wirkung von Steuererhöhungen auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene auf das Wirtschaftswachstum beschäftigt, stammt von Genetski und Chin (1978). Die Autoren fanden folgendes heraus: Bundesstaaten, in denen die Steuerbelastung erhöht wurde, verzeichneten niedriges Wachstum. In Bundesstaaten, in denen die Steuerbelastung verringert wurde, war das Wachstum überdurchschnittlich. Spätere Studien bestätigten diese Ergebnisse – wie beispielsweise von Vedder (1981, 1995) für das Joint Economic Committee des US-Kongresses<sup>3</sup>.

Einige Studien wie unter anderem von Laffer (2004) haben die Effekte bestimmter Einkommensteuersenkungen in den USA untersucht. Ergebnis: Niedrigere Steuersätze

<sup>2</sup> Ein Hinweis: In Abbildung 1 ist der *n-Punkt* zwar bei einem Steuersatz von 50 % angesiedelt. Die Laffer-Kurve sagt aber lediglich aus, dass das Wirtschaftswachstum bei irgendeinem Steuersatz zwischen 0 % und 100 % sein Maximum erreicht. Dieser Punkt liegt vermutlich näher bei 0 % als bei 100 %.

<sup>3</sup> Gemeinsamer Wirtschaftsausschuss der beiden Kammern (Senat und Repräsentantenhaus) des US-Kongresses.

gehen mit höherem Wirtschaftswachstum einher, sobald die niedrigeren Steuersätze in Kraft treten.

Um die Wirkung von Steuern auf das wirtschaftliche Verhalten in vollem Umfang einschätzen zu können, haben einige Wissenschaftler die ‚Zusatzlasten‘ untersucht, die höhere Steuersätze mit sich bringen. Zusatzlasten der Steuern (auch als ‚Wohlstandsverluste‘ bezeichnet) sind die “Wohlstandsverluste der Bürger über die Steuern hinaus, die sie an den Staat abführen”, so Carroll (2009). Mit anderen Worten: Steuern ziehen von den Bürgern nicht nur finanzielle Ressourcen ab, mit denen sie ansonsten Waren und Dienstleistungen erwerben könnten. Vielmehr *verringern höhere Steuern auch die Motivation, die Wertschöpfung auszuweiten*. Einer kürzlich für die Tax Foundation erstellten Studie zufolge betrug der von der Einkommensteuer in den USA verursachte Wohlstandsverlust in 2009 11,4 % des gesamten Einkommensteueraufkommens. Folglich war die Gesamtlast der Besteuerung erheblich höher, als das anhand der Einkommensteuereinnahmen des Staates erkennbar ist.

Auch andere Studien zeigen detailliert auf, dass hohe Steuerlasten nicht nur die Wertschöpfung beeinträchtigen. Zum Beispiel Cox und McMahon (2009) fanden heraus, dass die massive Abwanderung von Einwohnern aus dem Bundesstaat New York an andere Orte in den USA während der 90er Jahre bis zum Jahr 2008 in hohem Maße auf die hier gegenüber dem US-Durchschnitt vergleichsweise hohen bundesstaatlichen und kommunalen Steuern zurückzuführen ist. McGrattan und Prescott (2001) kamen zu dem Ergebnis, die deutlich reduzierten Einkommensteuersätze in den USA seien ein wichtiger Erklärungsfaktor der Zunahme der Eigenkapitaldeckung der Unternehmen im Zeitraum zwischen 1962 und 2000.

Weitere Studien haben die Wirkung auf das Wirtschaftswachstum auf Basis internationaler Daten untersucht. Zum Beispiel Lee und Gordon (2005) ermittelten für 70 Länder über den Zeitraum von 1970 bis 2007 hinweg “einen entscheidenden negativen Zusammenhang zwischen der Höhe des Regelsteuersatzes der Körperschaftssteuer und dem Wirtschaftswachstum”. Zu erklären ist das wohl damit, dass niedrige Unternehmenssteuersätze, bei ansonsten unveränderten Bedingungen, ein Anreiz für unternehmerisches Handeln darstellen. Angesichts dieses engen Zusammenhangs mussten sogar Jones und Tsutsumi (2008) – ansonsten Befürworter höherer Steuern – zugeben, dass niedrigere Körperschaftssteuersätze Wirtschaftswachstum fördern. Eine Studie hat speziell die Auswirkungen der deutschen Steuerlast auf US-Investitionen in Deutschland untersucht. Ergebnis: *Eine Reduzierung der Steuerlast im Rahmen einer Steuerreform würde Deutschland für US-Investitionen attraktiver und wettbewerbsfähiger machen* (Spengel 1999).

Neuere länderübergreifende Analysen von Furceri und Karra (2009) haben für 26 Länder für die Jahre 1965 bis 2007 herausgefunden, dass „Steuererhöhungen anhaltend negativ auf das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) wirken: Eine Erhöhung der Gesamtsteuerbelastung um 1 % des BIP vermindert das reale BIP pro Kopf der Bevölkerung langfristig um minus 0,5 % bis minus 1 %.“ Höhere Steuern vermindern zudem das Arbeitskräfteangebot. Prescott (2004) – Nobelpreisträger der

Wirtschaftswissenschaften – hat den wichtigsten Grund dafür herausgefunden, warum Amerikaner über das Jahr hinweg mehr Stunden arbeiten als Europäer: Die Steuerbelastung in den USA ist geringer.

Vor mehr als zehn Jahren haben Engen und Skinner (1996) versucht, die Wachstumsimpulse zu quantifizieren, die niedrigere Steuerlasten in den USA ausgelöst haben. Ihre Prognose: Ein um 5 % reduzierter Grenzsteuersatz und ein um 2,5 % verringerter Durchschnittssteuersatz erhöhen „die langfristige Wachstumsrate jährlich um 0,2 bis 0,3 %“ und haben damit über die Zeit hinweg einen erheblichen Einfluss auf den Lebensstandard.

Weitere Studien zu den ‚Wohlstandsverlusten‘, die höhere Steuern verursachen, machen die nachteiligen Folgen steigender Steuersätze für Einkommen aus Arbeit und Investitionen deutlich. Feldstein (2006) fand heraus: Höhere Steuersätze auf Kapitalerträge beeinträchtigen das Arbeitskräfteangebot, da sie den künftigen Konsum „reduzieren, der aus mehr Arbeit heute resultiert“. Entsprechend – obwohl Feldstein auf die in den USA im Laufe der Zeit tatsächlich gesunkenen Steuersätze hinweist – führen die verbleibenden hohen Grenzsteuersätze zu unwirtschaftlichen Investitions- und Personalentscheidungen.

Zudem gibt es Belege dafür, dass verschiedene Formen der Besteuerung unterschiedlich auf das Wirtschaftswachstum wirken. Eine internationale Analyse von Engen und Skinner (1996) bestätigt die generelle Sichtweise, dass Lohn- und Einkommensteuern das Wirtschaftswachstum stärker beeinträchtigen als zum Beispiel Konsumsteuern. Die gleiche Studie kommt länderübergreifend zu dem Ergebnis, dass auch Kapitalertragssteuern stärkere negative Effekte haben als Konsumsteuern.

Bovenberg, Graafland und de Mooij (1998) haben die Wirkungsweise hoher Steuerlasten auf das Arbeitskräfteangebot in der niederländischen Volkswirtschaft untersucht. Demnach haben Steuersenkungen in den höheren Steuerklassen das Arbeitskräfteangebot sowohl quantitativ als auch qualitativ verbessert. Allerdings kamen die Autoren der Studie zu der Schlussfolgerung, die Steuersenkungen hätten weniger effektiv zum Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen. Diese Studien sind lediglich Beispiele aus einer Vielzahl von Literatur, die aufzeigen, wie hohe Steuern das Wirtschaftswachstum typischerweise beeinträchtigen.

## **Belege aus den USA**

Die USA und Deutschland weisen im Hinblick auf ihre Regierungsstrukturen einige grundsätzliche Gemeinsamkeiten auf. Beide Länder haben in ihren Verfassungen eine föderale Struktur verankert. Obwohl diese Gemeinsamkeiten Grenzen haben, legen sie doch eine Schlussfolgerung nahe: Aus einer Analyse der Steuerpolitik der verschiedenen Regierungsebenen der USA lassen sich Lehren für das deutsche System ableiten. Mit Blick auf die bundesstaatliche und kommunale Steuerpolitik in den USA sind auf Basis der empirischen Nachweise Schlussfolgerungen möglich, die für die

deutschen Bundesländer gültig sein können. Und das zusätzlich zu den Schlussfolgerungen, die sich auf Bundesebene zwischen beiden Staaten ziehen lassen.

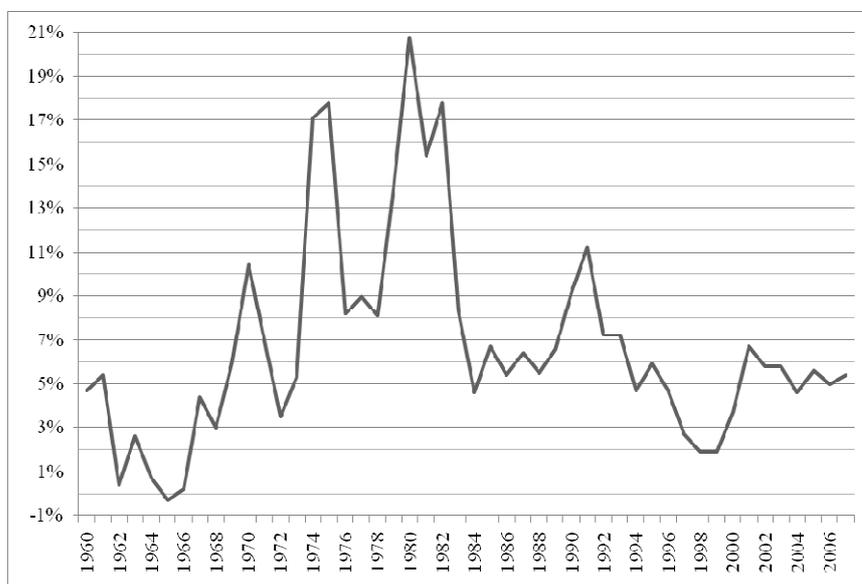
Noch vor einem halben Jahrhundert waren Ökonomen generell der Ansicht, Steuern hätten keinen entscheidenden Einfluss auf wirtschaftliche Handlungsweisen. Tatsächlich erklärte mit Due (1961) ein Experte für Öffentliche Finanzwirtschaft, Studienergebnisse „legen in hohem Maße nahe, dass Steuern für den Wirtschaftstandort keine größere Bedeutung haben können.“ Den gleichen Schluss zog Oakland (1978) in seiner Revision der damals verfügbaren Literatur. In den frühen 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts kamen allerdings mehr und mehr Studien zu einem anderen Ergebnis: Die Besteuerung in den USA beeinflusst sehr wohl in entscheidender Weise das wirtschaftliche Verhalten. Ein erheblicher Teil dieser Studien gipfelte im politischen Aufstieg der ‚angebotsorientierten Wirtschaftspolitik‘ (Supply-side Economics) in den 80er Jahren sowie in der Steuerreformpolitik von US-Präsident Ronald Reagan.

Der Ökonom Arthur Okun entwickelte den volkswirtschaftlichen Indikator ‚Misery Index‘ (Elendsindex). Indem dieser Maßstab die jährlichen Arbeitslosenquoten und Inflationsraten zusammenfasst, postuliert er die enormen Risiken und Folgen sowohl hoher Arbeitslosigkeit als auch hoher Inflation für das Wirtschaftswachstum – die insbesondere dann gegeben sind, wenn Arbeitslosigkeit und Inflation gleichzeitig hohe Quoten erreichen. Über das vergangene halbe Jahrhundert hinweg betrug der Misery Index der USA im Durchschnitt etwa 10 % mit einem Maximalwert von mehr als 20 % in 1980 (dieses Jahr liegt etwa in der Mitte der beobachteten Zeitspanne).

Der Misery Index kann um die jährliche Wachstumsrate des BIP erweitert werden. Während höhere Inflationsraten und Arbeitslosenquoten die ‚Armut‘ von Menschen erhöhen (und damit ihr Wohl verschlechtern), verbessern höhere jährliche BIP-Wachstumsraten das Wohl der Bürger und verringern entsprechend die ‚Armut‘. Der erweiterte Misery Index ist die Summe der Inflationsraten und der Arbeitslosenquote abzüglich der jährlichen Wachstumsrate des BIP. Die Entwicklung des angepassten Misery Index in den USA über die Jahre hinweg stellt Abbildung 2 dar.

Gemessen an diesem Maßstab waren die wirtschaftlichen Perspektiven in 1980 schlecht. Zu diesem Zeitpunkt überstieg der erweiterte Misery Index den Wert von 20 %. Seinen niedrigsten Wert erreichte er 1965 – nur in diesem Jahr der gesamten Zeitspanne war er negativ. 1965 war gleichzeitig das erste Jahr, in dem die Steuersenkungen von Präsident Kennedy wirksam wurden, die den Höchststeuersatz in den USA von 91 % auf 70 % reduzierten. Obwohl er einige Schwankungen aufweist, war der erweiterte Misery Index seit 1980 längere Zeit vergleichsweise niedrig. Lediglich während der Rezession Anfang der 90er Jahre überstieg er 7 %. Derzeit ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass der Misery Index für das Jahr 2009 einen vergleichsweise hohen Wert erreicht.

**Abbildung 2: Erweiterter Misery Index der USA (1960 bis 2007)**



Quelle: The Economic Report of the President, United States Bureau of Labor Statistics

Ein wichtiger Hinweis: Von 1967 bis 1980 stieg der Misery Index signifikant von 6,9 % in 1967 auf deutlich mehr als 20 % in 1980. In dieser Periode betrug der Einkommensteuer-Höchststeuersatz auf US-Bundesebene 70 %. Bis 1982 wurde er zunächst auf 50 % und in den folgenden beiden Jahrzehnten insgesamt weiter reduziert. In dieser Zeit fiel der Misery Index deutlich von über 20 % auf 7,4 %. In 1988 betrug der Höchststeuersatz der Einkommensteuer auf US-Bundesebene nur noch 28 % (der niedrigste Höchststeuersatz in den USA seit 1931), wurde bis 2007 aber wieder auf 35 % erhöht. Somit wurde dieser Steuersatz in den USA über die vergangenen drei Jahrzehnte hinweg halbiert – von 70 % auf 35 %. Sicherlich kann es kaum Zufall sein, dass der Misery Index der USA in der gleichen Zeitspanne, in der die USA den Spitzensteuersatz ihrer Einkommensteuer auf Bundesebene um 50 % reduzierten, deutlich niedriger war.

## *Inneramerikanische Wanderungsbewegungen und die Einkommensteuer*

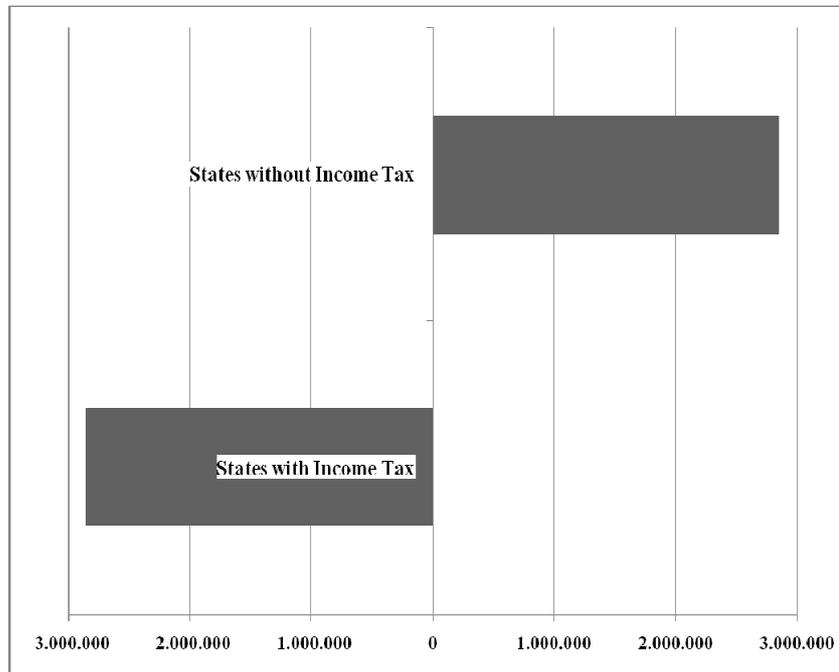
„Lebensqualität“ ist kaum exakt messbar. Allerdings lässt sich die von Bürgern wahrgenommene Lebensqualität anhand einiger sozialer Indikatoren beurteilen. Etwa Wanderungsbewegungen sind ein guter Maßstab für die „erkennbaren Präferenzen“ der Bürger für Orte, die aus ihrer Sicht überdurchschnittliche Lebensqualität bieten. Regionen mit Netto-Zuwanderung (es ziehen mehr Bürger in diese Region als Bürger wegziehen) sind offensichtlich Regionen, denen eine höhere Lebensqualität zugeschrieben wird als Regionen mit Netto-Abwanderung. Binnenstaatliche Wanderungsbewegungen (innerhalb nationaler Rechtseinheiten) liefern ein noch klareres Bild von den Präferenzen der Bürger – lassen sie doch vermuten, dass andere Variablen, die Wanderungsentscheidungen von Bürgern beeinflussen, gleich sind. Hier sind Analysen der Wanderungsbewegungsquoten innerhalb föderaler nationaler Rechtsgebilde wie zum Beispiel den USA oder Deutschland besonders nützlich, da es hier von Bundesstaat zu Bundesstaat bemerkenswerte Unterschiede gibt.

Das gilt zum Beispiel für die Steuerpolitik der einzelnen US-Bundesstaaten. So gibt es in einigen Staaten keine Einkommensteuer, während andere Staaten 40 % und mehr ihrer Steuereinnahmen aus dieser Quelle beziehen. Obwohl die meisten US-Bundesstaaten ihren Bürgern (in aller Regel progressive) Einkommensteuern auferlegen, gibt es diese Steuer in neun Bundesstaaten nicht.<sup>4</sup> *Nachweislich ziehen die Amerikaner die Bundesstaaten ohne Einkommensteuer den Bundesstaaten mit einer solchen Steuer vor.* So zeigen die Statistiken der US-Regierung beispielsweise, dass von April 2000 bis Juni 2008 2.854.000 Bürger von Bundesstaaten mit Einkommensteuer in Bundesstaaten ohne Einkommensteuer umgezogen sind (siehe Abbildung 3). Haben sie die Wahl, scheinen die Amerikaner eindeutig ein Leben ohne Einkommensteuer gegenüber einem Leben mit Einkommensteuer zu bevorzugen.

---

<sup>4</sup> Laut der Bundessteuerbehörde (Internal Revenue Service / IRS) der US-Regierung haben neun Bundesstaaten (18 % aller Bundesstaaten) keine Einkommensteuer: Alaska, Florida, Nevada, New Hampshire, South Dakota, Texas, Tennessee, Washington und Wyoming. Weitere Informationen: <http://www.irs.gov/efile/article/0,,id=130684,00.html>.

**Abbildung 3: Inneramerikanische Wanderungsbewegungen und Verbreitung der Einkommensteuer (2000 bis 2008)**



Quelle: U.S. Census Bureau, IRS

Selbstverständlich sind Einkommensteuern nicht die einzige Form der Besteuerung, die Bürgern vom Gesetz auferlegt wird. Eine erweiterte, die gesamte Steuerlast berücksichtigende Analyse zeigt deutlicher auf, wie Steuern das Leben und die wirtschaftlichen Aktivitäten der Amerikaner beeinflussen.

#### *Die aus steuerlicher Sicht zehn besten und zehn schlechtesten Bundesstaaten*

Eine Gegenüberstellung der wirtschaftlichen Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten mit den höchsten und den geringsten Steuerlasten ist eine vergleichsweise einfache Methode, die Wirkungsweise der Steuern auf die Einkommenszuwächse (und auf andere ökonomische Kennziffern) innerhalb der USA zu bestimmen. Die Tax Foundation definiert die Steuerbelastung auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene als den prozentualen Anteil des Einkommens, der an bundesstaatliche oder kommunale Regierungsstellen innerhalb der USA zu zahlen ist. Entsprechend schließt die Steuerbelastung nicht nur die Einkommensteuern, sondern auch die Steuern auf Konsum, auf Besitz und Eigentum sowie andere Steuerarten ein. Wirken höhere Steuerlasten negativ auf das Wirtschaftswachstum und die Lebensqualität, kann man bei ansonsten unveränderten Bedingungen erwarten, dass die Bürger in Staaten mit niedrigeren Steuerlasten höhere Einkommenszuwächse erzielen und damit in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung besser dastehen. Tatsächlich kommt dieses Ergebnis bei einem Vergleich der Bundesstaaten mit hohen und mit niedrigen Steuern heraus.

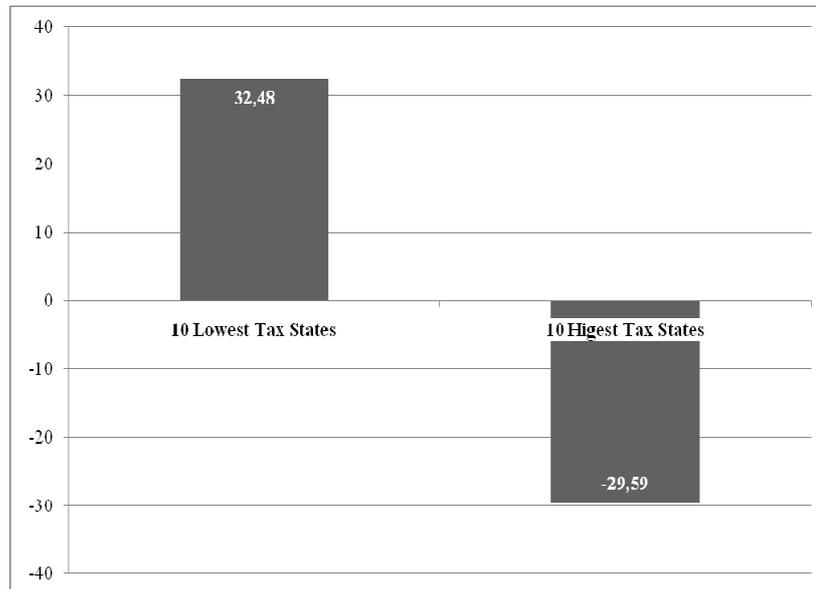
Wir können die Untersuchung, wie Steuern auf das Wanderungsverhalten wirken, um einen Vergleich der Abwanderungstrends mit der durchschnittlichen Steuerbelastung innerhalb einer bestimmten Zeitspanne erweitern. Die jüngsten Daten des U.S. Census Bureau (Volkszählungsbehörde) zu den Wanderungsbewegungen berücksichtigen die Jahre 2000 bis 2008. Deshalb nehmen wir die durchschnittliche Steuerbelastung in dieser Zeitspanne für den Vergleich. Binnen dieser neun Jahre waren Ohio, Hawaii, Maine, Maryland, Wisconsin, Kalifornien, Rhode Island, Connecticut, New Jersey und New York die zehn Staaten mit der höchsten Durchschnittssteuerbelastung. Die zehn Staaten mit der niedrigsten durchschnittlichen Steuerbelastung waren Alaska, Nevada, Wyoming, New Hampshire, South Dakota, Florida, Tennessee, Texas, Alabama und Montana.

Die Daten zeigen sowohl bei den Staaten mit Einkommensteuer als auch bei der generellen Steuerbelastung den gleichen Trend: *Bei ansonsten gleichen Bedingungen bevorzugen die Bürger ein Leben in Ländern mit niedrigeren Steuerlasten.* Die Netto-Wanderungsquote<sup>5</sup> (in der Zeit von April 2000 bis Juni 2008) war in den zehn US-Bundesstaaten mit den niedrigsten Steuerlasten deutlich positiv, bei den zehn US-Bundesstaaten mit den höchsten Steuerlasten dagegen deutlich negativ. Abbildung 4 zeigt den enormen Kontrast zwischen hohen und niedrigen Steuerlasten: Die Wanderungsquote der Hochsteuer-Bundesstaaten erreicht nahezu die gleiche Größenordnung wie die der Niedrigsteuer-Bundesstaaten – allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen.

---

<sup>5</sup> Innerstaatliche Netto-Wanderungsquoten werden als Anteil der innerstaatlichen Netto-Wanderung während der gesamten Zeitspanne geteilt durch die Bevölkerungszahl (in tausend Personen) zu Beginn der Periode errechnet. Somit bedeutet eine innerstaatliche Netto-Wanderungsquote von 1, dass pro 1.000 Personen der Bevölkerung, die ursprünglich in einer Gebietskörperschaft gewohnt haben, eine Person mehr zugezogen ist, als Personen abgewandert sind. Eine innerstaatliche Netto-Wanderungsquote von -1 bedeutet, dass pro tausend der ursprünglich vorhandenen Personen eine Person mehr abgewandert ist, als Personen zugezogen sind.

**Abbildung 4: Mittlere Netto-Wanderungsquote in den USA bei den 10 Bundesstaaten mit den niedrigsten Steuern und den 10 Bundesstaaten mit den höchsten Steuern (2000 - 2008)**



Quelle: The Tax Foundation, U.S. Census Bureau

Die langfristige Wirkung hoher Steuerlasten auf das Wirtschaftswachstum können wir anhand einer längerfristigen Betrachtung der Durchschnittssteuerbelastung beurteilen. Statt der Betrachtung einer Zeitspanne von nur neun Jahren kann eine Betrachtung der Durchschnittssteuerbelastung über eine Zeitspanne von 30 Jahren (1977 - 2008) hinweg aufzeigen, ob hohe Steuern langfristig positiv oder negativ auf das Wirtschaftswachstum wirken.

Von 1977 bis 2008 haben lediglich zehn der US-Bundesstaaten die Steuerbelastung erhöht. In der gleichen Zeit ging die durchschnittliche Steuerbelastung auf bundesstaatlicher/kommunaler Ebene von 10,3 % in 1977 auf 9,7 % in 2008 zurück. Die zehn Bundesstaaten mit der höchsten Durchschnittssteuerbelastung waren in diesen dreißig Jahren Rhode Island, Kalifornien, Idaho, Connecticut, Maryland, Hawaii, Minnesota, New Jersey, Wisconsin und New York. In der gleichen Zeitspanne hatten folgende zehn Bundesstaaten die niedrigste durchschnittliche Steuerbelastung: Alaska, Nevada, Wyoming, New Hampshire, Florida, Louisiana, Texas, Tennessee, South Dakota und Alabama.

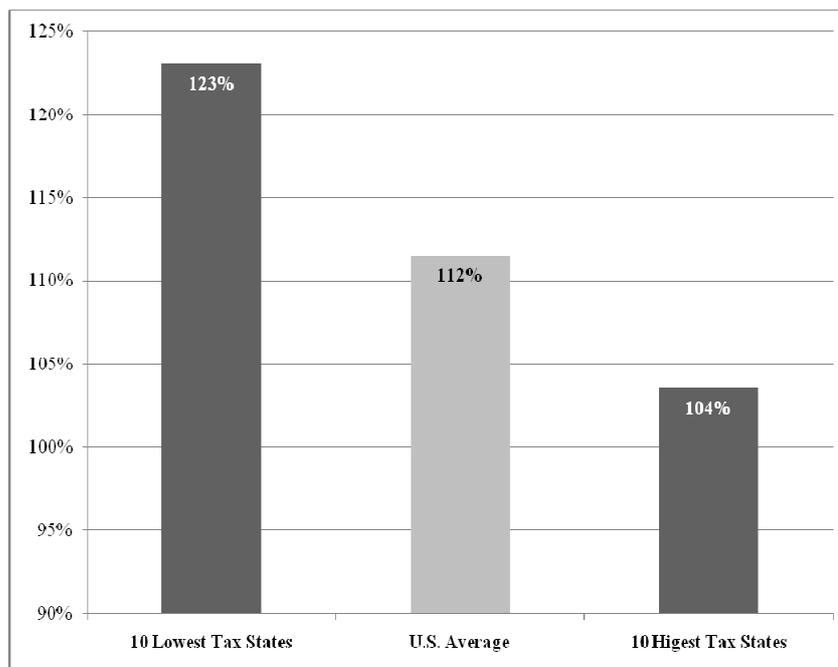
Die Einkommenszuwächse sind ein guter Maßstab zur Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung und Leistungsfähigkeit dieser Bundesstaaten. Allerdings gibt es zwei verschiedene Möglichkeiten, Einkommenszuwächse zu messen: inflationsbereinigte (reale) Zuwächse der Gesamtprivateinkommen und das reale Pro-Kopf-Einkommen, das die Veränderungen in der Bevölkerung berücksichtigt<sup>6</sup>. Das Wachstum der realen

<sup>6</sup> Anmerkung des Übersetzers: Das 'United States Bureau of Economic Analysis' arbeitet mit dem Begriff Total Personal Income (Gesamtprivateinkommen), der das gesamte Einkommen erfasst, das US-Bürger im Laufe eines Jahres aus unterschiedlichen Quellen beziehen – abgeleitet aus den Schätzungen der

Gesamtprivateinkommen ist "ein besserer Indikator für die allgemeinen ökonomischen Veränderungen", doch die Zunahme des realen Pro-Kopf-Privateinkommens "ist der bessere Maßstab für die Einkommen, die die einzelnen Bürger für den Konsum und andere Zwecke zur Verfügung haben."<sup>7</sup>

Wie Abbildung 5 zeigt, waren die Zuwächse der realen Gesamtprivateinkommen in den zehn Bundesstaaten mit den niedrigsten Steuerlasten signifikant höher als die Zuwächse in den zehn Bundesstaaten mit den höchsten Steuerlasten. Tatsächlich lag das Wachstum in den Niedrigsteuer-Bundesstaaten (123 % von 1977 bis 2008) über dem durchschnittlichen Wachstum der USA insgesamt (USA-weit betrug der Zuwachs bei den realen Gesamtprivateinkommen 112 %) während das Wachstum in den zehn Hochsteuer-Bundesstaaten deutlich unter dem Durchschnitt lag (104 % in der gleichen Zeitspanne).

**Abbildung 5: Zuwächse bei den realen Gesamtprivateinkommen in den 10 Bundesstaaten mit der niedrigsten und in den 10 Bundesstaaten mit der höchsten Steuerbelastung (1977 - 2008)**



Quelle: United States Bureau of Economic Analysis

Im Hinblick auf die Zuwächse beim Pro-Kopf-Einkommen sind die Ergebnisse der Hochsteuer- und der Niedrigsteuer-Bundesstaaten ähnlich. Beide Gruppen ragen aus

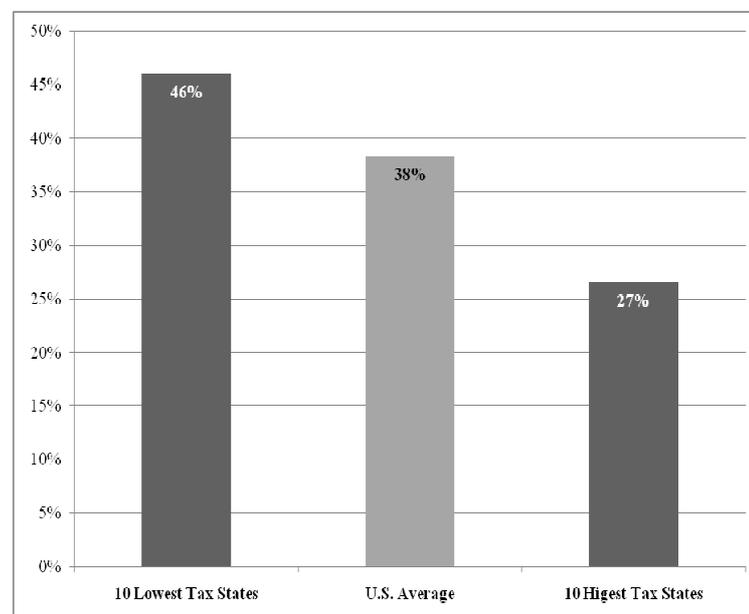
---

einzelnen Bundesstaaten. Das Gesamtprivateinkommen ist eine Schlüsselgröße bei der Bestimmung des Pro-Kopf-Einkommens, aus dem sich allerdings nicht so ohne weiteres der Wohlstand der Bevölkerung ableiten lässt. Denn bei dieser Kennziffer wird das Volkseinkommen durch die Bevölkerungszahl dividiert. Sie ist also nur ein Durchschnittswert und sagt folglich nichts darüber aus, wie gleich oder ungleich das Einkommen in der Bevölkerung verteilt ist.

<sup>7</sup> Vedder, Richard. September 2001. "Taxes and Economic Growth." Cedarburg, Wisconsin: Taxpayers Network Inc.

dem Landesdurchschnitt heraus. Ein Hinweis: Die Zuwanderung in die Niedrigsteuer-Bundesstaaten führt zu Bevölkerungswachstum, das tendenziell vorübergehend das Pro-Kopf-Einkommen reduziert<sup>8</sup> (siehe Abbildung 6). Während die Bevölkerung in der Zeit zwischen 1977 und 2008 USA-weit um 38 % wuchs, nahm die Bevölkerung der Niedrigsteuer-Bundesstaaten um 46 % zu, die der Hochsteuer-Bundesstaaten allerdings um weniger als 27 %. Grundsätzlich wird dieses Bild auch von den zuvor diskutierten Daten zu den Wanderungsbewegungen in den USA gestützt: Die Staaten mit niedrigen Steuerlasten verzeichnen stärkeres Wirtschaftswachstum, was wiederum wahrscheinlich eine wesentliche Ursache für die Wanderungsbewegungen ist. Zwar bremst das Bevölkerungswachstum auf kurze Sicht das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens. Doch letztlich gibt es kein Bevölkerungswachstum ohne Zuwächse bei den Gesamtprivateinkommen.

**Abbildung 6: Bevölkerungswachstum in den 10 Bundesstaaten mit den niedrigsten Steuern und den 10 Bundesstaaten mit den höchsten Steuern (1977 - 2008)**



Quelle: United States Bureau of Economic Analysis

Erweitern wir diese Analyse und schließen alle Bundesstaaten ein, sehen wir bei den Einkommenszuwächsen der jeweils 25 Bundesstaaten mit den niedrigsten und den höchsten Steuerlasten ein ähnliches Bild. Beispielsweise betrug die reale Zunahme der Privateinkommen in den 25 Bundesstaaten mit durchschnittlich niedriger Steuerbelastung von 1977 bis 2008 130 % gegenüber nur 97 % in den 25 Bundesstaaten mit durchschnittlich hoher Steuerbelastung. Tatsächlich legte auch das

<sup>8</sup> Die Erklärung hierfür ist, dass Bürger zum Zeitpunkt ihres Umzugs nicht unbedingt Einkommen (bzw. unter Umständen) ein geringeres Einkommen erzielen. Zudem braucht es nach dem Umzug in aller Regel etwas Zeit, bis sich die zugezogenen Bürger etabliert und ihre Ehepartner einen Job gefunden haben. Außerdem ziehen häufig gerade jüngere Familien um, die über ein tendenziell eher niedriges Einkommen verfügen und Kinder haben, die keinerlei Einkommen erwirtschaften.

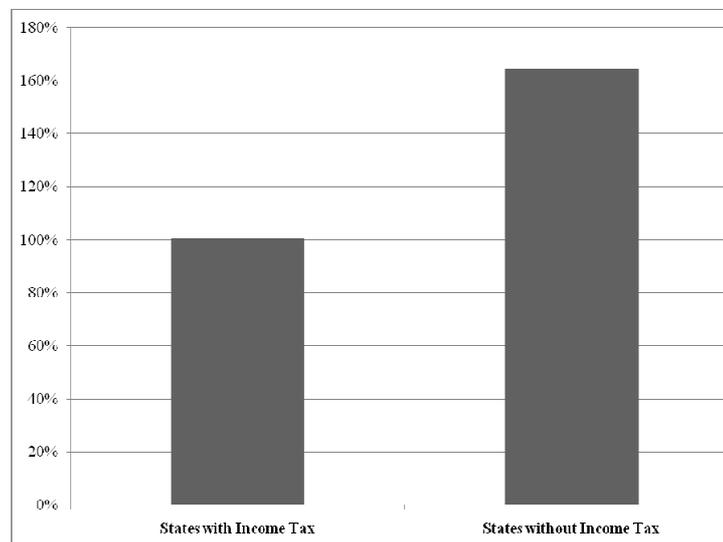
reale Pro-Kopf-Einkommen in den 25 Niedrigsteuer-Bundesstaaten mit 52,5 % etwas stärker zu als in den 25 Hochsteuer-Bundesstaaten (50,9 %) in der gleichen Zeit.

### *Höhere Einkommen und die Einkommensteuer*

*Offensichtlich wirkt die Einkommensteuer negativer auf die Einkommensentwicklung als das Steuern generell tun.* Der Mittelwert der Einkommenszuwächse war in den Bundesstaaten ohne Einkommensteuer in der Zeitspanne von 1977 bis 2008 wesentlich höher als in den Bundesstaaten mit Einkommensteuer. Besonders interessant: In den Bundesstaaten ohne Einkommensteuer nahmen sowohl das reale Gesamtprivateinkommen als auch das reale Pro-Kopf-Einkommen stärker zu – obwohl das Bevölkerungswachstum in den Bundesstaaten ohne Einkommensteuer stärker war als in denen mit einer solchen Steuer. Abbildung 7 zeigt das unterschiedliche Wachstum des realen Gesamtprivateinkommens. Abbildung 9 wiederum vergleicht das Wachstum des realen Pro-Kopf-Einkommens.

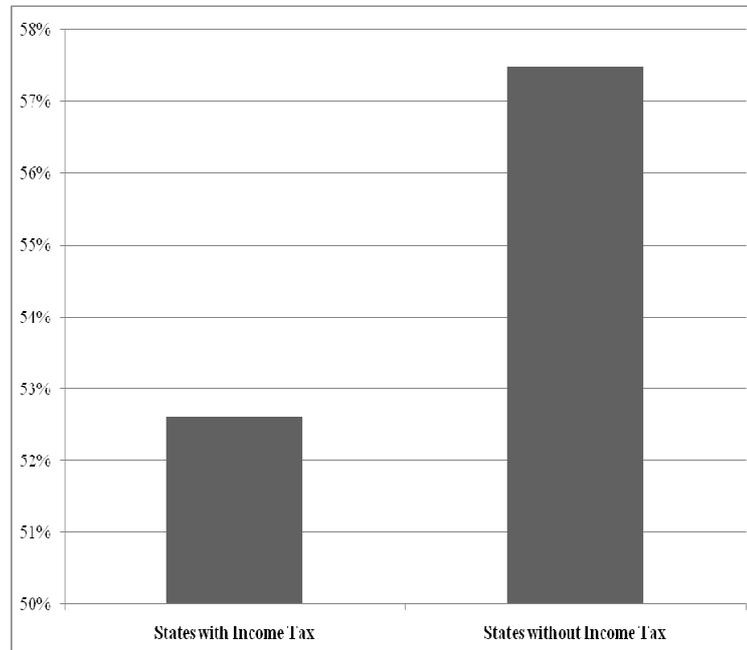
Die Einkommensteuer hemmt insbesondere das Wachstum der Gesamtprivateinkommen stärker als das Steuern generell tun. Darüber hinaus gibt es aber auch eine enge negative Relation zwischen der Einkommensteuer und dem Pro-Kopf-Einkommen.

**Abbildung 7: Zunahme des realen Gesamtprivateinkommens (1977 - 2008) in Bundesstaaten mit und in Bundesstaaten ohne Einkommensteuer**



*Quellen:* United States Internal Revenue Service, United States Bureau of Economic Analysis

**Abbildung 8: Zunahme des realen Pro-Kopf-Einkommens (1977 - 2008)  
in Bundesstaaten mit und in Bundesstaaten ohne Einkommensteuer**



Quellen: United States Internal Revenue Service,  
United States Bureau of Economic Analysis

### *Ökonomisches Wachstumsmodell*

Unsere Analyse war bis hierher leicht zu verstehen. Allerdings könnte man an ihr kritisieren, dass sie – abgesehen von den steuerpolitischen Aspekten – Faktoren unberücksichtigt lässt, die wiederum die wahren Ursachen der aufgezeigten Zusammenhänge sein könnten. Wollen wir also auch andere Einflussfaktoren des Wirtschaftswachstums berücksichtigen, können wir die Wirkungsweise höherer Steuerbelastungen mit Hilfe von Techniken analysieren, die etwas ausgefeilter sind. Aber auch Regressionsanalysen<sup>9</sup> bestätigen die Beziehung zwischen Steuerbelastungen und Wachstum, die schon die einfacheren Analysen aufgezeigt haben. Wie Tabelle 1 zeigt, wirken sowohl die Gesamtsteuerbelastung als auch Steuererhöhungen negativ auf das Wirtschaftswachstum, definiert als prozentuales Wachstum des realen Pro-Kopf-Einkommens (percentage growth in real per capita income – RPCI).

---

<sup>9</sup> Anmerkung des Übersetzers: Regressionsanalysen sind statistische Analyseverfahren, mit denen die Beziehungen zwischen einer abhängigen und einer oder mehreren unabhängigen Variablen ermittelt werden können.

Tabelle 1: Ergebnisse der Regressionsanalyse

<b>Modell 46: OLS, zugrunde liegende Beobachtungen 1-48</b>				
<b>Abhängige Variable: RPCI_Wachstum__19</b>				
	<b>Faktor</b>	<b>Standardfehler</b>	<b>t-Wert</b>	<b>p-Wert</b>
<b>Konstanten</b>	2,16302	0,300673	7,194	1,01E-08
<b>Steuerbelastung (1977)</b>	-4,79085	1,66964	-2,869	0,0065
<b>Erhöhung der Steuerbelastung (1977-2008)</b>	-5,03242	1,86583	-2,697	0,0102
<b>Bevölkerungswachstum</b>	-0,08337	0,03207	-2,6	0,013
<b>Gesamte Landfläche</b>	-7,35E-07	3,14E-07	-2,346	0,024
<b>BA Attainment-Rate (Bachelor-Abschlüsse)</b>	2,89182	0,452882	6,385	1,36E-07
<b>HS Attainment-Rate (Hochschulabschlüsse)</b>	-1,76714	0,347723	-5,082	9,11E-06
<b>Durchschnittliche Arbeitslosigkeit</b>	-0,05059	0,014456	-3,5	0,0012
<b>Abhängige Hauptvariable</b>	0,545509	<b>Standardabweichung des Prozesses</b>	0,14212	
<b>Summierte Quadrate der Residuen</b>	0,312634	<b>Geschätzte Standardabweichung der Störgrößen</b>	0,088407	
<b>R<sup>2</sup> (Bestimmtheitsmaß)</b>	0,670674	<b>R<sup>2</sup> bereinigt</b>	0,613042	
<b>F(7,40)</b>	11,63717	<b>P-Wert (F)</b>	5,83E-08	
<b>Logarithmierter Likelihood-Quotient</b>	52,70513	<b>Akaikes Informationskriterium</b>	-89,4103	
<b>Bayessches Informationskriterium</b>	-74,4406	<b>Hannan-Quinn</b>	-83,7532	

Quellen: Siehe Text

Diese Analyse schließt Variablen ein, die nichts direkt mit Steuern zu tun haben. Beispielsweise das Bevölkerungswachstum, die physikalischen Eigenschaften der untersuchten Region (Fläche), das Bildungsniveau (Abschlüsse) und die Arbeitslosenquoten. Diese Variablen werden zusätzlich zu den Variablen der Steuerpolitik wie der Durchschnittssteuerbelastung zu Beginn der untersuchten Zeitperiode und ihrer Veränderung über die untersuchten 31 Jahre hinweg berücksichtigt. Die Daten gelten für die 48 geografisch aneinander grenzenden amerikanischen Bundesstaaten. Zwischen den beiden Variablen der Steuerpolitik und der Zunahme des Pro-Kopf-Einkommens werden deutlich enge statistische negative Beziehungen sichtbar. Vergleichen wir zwei Staaten: einen mit einer Steuerbelastung in Höhe von 9 % auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene und einen mit einer Steuerbelastung in Höhe von 10 % (in % vom Privateinkommen). Nehmen wir an, der Niedrigsteuer-Bundesstaat hätte die Steuerbelastung in der Zeitspanne zwischen 1977 und 2008 weiter auf 8,5 % reduziert, der Hochsteuer-Bundesstaat hätte sie von 10 auf

11 % erhöht. Unter der Annahme, alle anderen Rahmenbedingungen wären zwischen den beiden Staaten gleich geblieben, könnten wir prognostizieren: In dem Bundesstaat mit den niedrigen, weiter sinkenden Steuern wäre das Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zu dem Bundesstaat mit den hohen, weiter steigenden Steuern um mehr als 12 % stärker gestiegen (zum Beispiel die Differenz zwischen 48 und 60 %). Nehmen wir an, beide Staaten hätten in 1977 ein gleich hohes Pro-Kopf-Einkommen von 22.000 \$ erzielt (US-Dollar-Wert von 2008). Das Modell prognostiziert für den Bundesstaat mit den steigenden Steuern für das Jahr 2008 ein Einkommen von 32.560 \$ gegenüber 35.200 \$ in dem Bundesstaat mit den weiter fallenden Steuern. Der Niedrigsteuerstaat würde pro Kopf seiner Bevölkerung also einen um 2.640 \$ höheren Einkommenszuwachs erzielen – eine vierköpfige Familie hätte also einen um mehr als 10.500 \$ (mehr als 7.000 Euro) größeren Einkommenszuwachs.

*Kurz: Steuern spielen eine entscheidende Rolle. Und es gibt Grund zur Annahme, dass sie in Europa, wo die Gesamtsteuerbelastung deutlich höher ist als in den USA, sogar eine noch größere Rolle spielen – und dass die europäischen Länder mit ihrer Gesamtsteuerbelastung noch weiter weg sind von dem Punkt, der ihnen maximales Wirtschaftswachstum ermöglicht (wie in Abbildung 1 dargestellt).*

## **Überblick über Europa und die OECD**

In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Steuersätze – insbesondere der Lohn- und Einkommensteuer – in einigen europäischen Ländern etwas gesenkt. Wahrscheinlich deshalb, weil man hier die hemmende Wirkung hoher Grenzsteuersätze auf das Wirtschaftswachstum erkannt hat. Allerdings variiert die Höhe der Steuersenkungen von Land zu Land. Doch trotz der niedrigeren Steuersätze zählen einige europäische Länder nach wie vor zu den Ländern mit den weltweit höchsten Steuerlasten. Tabelle 2 zeigt, in welchem Maße die Einkommensteuersätze zwischen 1979 und 2007 zurückgenommen wurden. Tabelle 3 zeigt die Rücknahme der Körperschaftssteuersätze in den Jahren zwischen 1981 und 2009.<sup>10</sup> Allerdings wurde die Wirkung der niedrigeren Grenzsteuersätze in vielen Fällen durch höhere Sätze bei der Mehrwertsteuer und bei anderen Steuerarten kompensiert.

---

<sup>10</sup> Angesichts fehlender Daten sind nicht alle der derzeitigen OECD-Länder in beiden Tabellen aufgeführt. Manche Länder, die in einer Tabelle aufgeführt sind, fehlen eventuell in der anderen Tabelle, da für sie für die entsprechenden Jahre keine Daten verfügbar sind.

**Tabelle 2: Höchstsätze der Einkommensteuer  
in ausgewählten OECD-Ländern**

<b>Land</b>	<b>1979</b>	<b>2007</b>
Mexiko	55,0 %	28,0 %
Korea	89,3 %	38,5 %
Luxemburg	58,4 %	38,9 %
Neu Seeland	60,0 %	39,0 %
Griechenland	60,0 %	40,0 %
Norwegen	75,4 %	40,0 %
Großbritannien	83,0 %	40,0 %
Irland	60,0 %	41,0 %
USA	70,0 %	41,4 %
Portugal	80,0 %	42,0 %
Schweiz	41,0 %	42,1 %
Spanien	65,5 %	43,0 %
Italien	72,0 %	44,9 %
Kanada	61,9 %	46,4 %
Australien	61,5 %	46,5 %
Deutschland	56,0 %	47,5 %
Frankreich	60,0 %	47,8 %
Österreich	62,0 %	50,0 %
Japan	93,0 %	50,0 %
Finnland	51,0 %	50,5 %
Niederlande	72,0 %	52,0 %
Belgien	76,3 %	53,5 %
Schweden	86,5 %	56,5 %
Dänemark	66,0 %	59,7 %

Quelle: The Tax Policy Center

**Tabelle 3: Höchstsätze der Körperschaftssteuer  
in ausgewählten OECD-Ländern**

Land	1981	2009
Irland	45,0 %	12,5 %
Schweiz	33,0 %	21,2 %
Österreich	55,0 %	25,0 %
Dänemark	40,0 %	25,0 %
Griechenland	45,0 %	25,0 %
Niederlande	48,0 %	25,5 %
Finnland	61,5 %	26,0 %
Schweden	57,8 %	26,3 %
Portugal	49,0 %	26,5 %
Italien	36,3 %	27,5 %
Mexiko	42,0 %	28,0 %
Norwegen	50,8 %	28,0 %
Großbritannien	52,0 %	28,0 %
Australien	46,0 %	30,0 %
Neu Seeland	45,0 %	30,0 %
Spanien	33,0 %	30,0 %
Deutschland	60,0 %	30,2 %
Kanada	50,9 %	31,3 %
Belgien	48,0 %	34,0 %
Frankreich	50,0 %	34,4 %
USA	49,7 %	39,1 %

Quelle: OECD

Obwohl die Steuersätze in den OECD-Ländern in den vergangenen drei Jahrzehnten zurückgenommen wurden, sind die Steuereinnahmen in % des BIP in allen OECD-Ländern seit 1970 gestiegen. Demzufolge sind die Gesamtsteuerbelastungen der Volkswirtschaften dieser Länder – obwohl die Steuersätze in der gesamten OECD verringert wurden – über die Zeit hinweg gestiegen. Tatsächlich sind die Gesamtsteuereinnahmen in % des BIP – den von der OECD veröffentlichten Statistiken zufolge – von 27,5 % in 1970 auf 32,9 % in 2006 gestiegen.

*Die jeweils fünf Länder mit den höchsten und den niedrigsten Steuern*

Die OECD-Länder mit den höchsten und den niedrigsten Steuern werden anhand des Fünfjahresdurchschnitts ihrer Steuereinnahmen in % des BIP für die Zeit zwischen 1970 und 2006 bestimmt. Dieser Durchschnitt dient als Maßstab für die Messung der Steuerbelastung der Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit für jedes OECD-Land. Die fünf Länder mit den höchsten durchschnittlichen Steuerbelastungen (Dänemark, Schweden, Belgien, Finnland und Frankreich) sind die Spitzensteuerstaaten, die fünf Länder mit

den niedrigsten Steuerlasten sind Mexiko, die Türkei, Korea, Japan und die USA. Die durchschnittliche Steuerbelastung aller OECD-Länder zeigt Tabelle 4:

**Tabelle 4: Durchschnittssteuerbelastung der OECD-Länder**

<b>Land</b>	<b>1970 Steuereinnahmen in % des BIP</b>	<b>2006 Steuereinnahmen in % des BIP</b>	<b>Durchschnitt (1970-2006)</b>
Türkei	9,3 %	24,5 %	16,4 %
Korea	12,5 % <sup>11</sup>	26,8 %	19,1 %
Japan	19,6 %	27,9 %	25,8 %
Griechenland	20,0 %	31,3 %	26,2 %
Schweiz	19,3 %	29,6 %	26,2 %
USA	27,0 %	28,0 %	26,8 %
Portugal	18,4 %	35,7 %	27,3 %
Australien	21,5 %	30,6 %	27,6 %
Spanien	15,9 %	36,6 %	28,1 %
Irland	28,4 %	31,9 %	31,8 %
Island	27,4 %	41,5 %	32,8 %
Neu Seeland	25,9 %	36,7 %	32,9 %
<b>OECD- Durchschnitt</b>	<b>27,5 %</b>	<b>35,9 %</b>	<b>32,9 %</b>
Kanada	30,9 %	33,3 %	33,5 %
Italien	25,7 %	42,1 %	35,3 %
Luxemburg	23,5 %	35,9 %	35,5 %
Großbritannien	37,0 %	37,1 %	35,5 %
Deutschland	31,5 %	35,6 %	35,7 %
Österreich	33,9 %	41,7 %	40,1 %
Finnland	31,5 %	43,5 %	40,9 %
Frankreich	34,1 %	44,2 %	40,9 %
Niederlande	35,6 %	39,3 %	41,0 %
Norwegen	34,5 %	43,9 %	41,4 %
Belgien	33,9 %	44,5 %	42,3 %
Dänemark	38,4 %	49,1 %	45,6 %
Schweden	37,8 %	49,1 %	47,3 %

Quelle: OECD

Um die Auswirkungen der Steuerbelastungen in den OECD-Ländern zu beurteilen, können wir die wirtschaftlichen Entwicklungstrends in den Hochsteuerstaaten mit denen der Niedrigsteuerstaaten vergleichen.

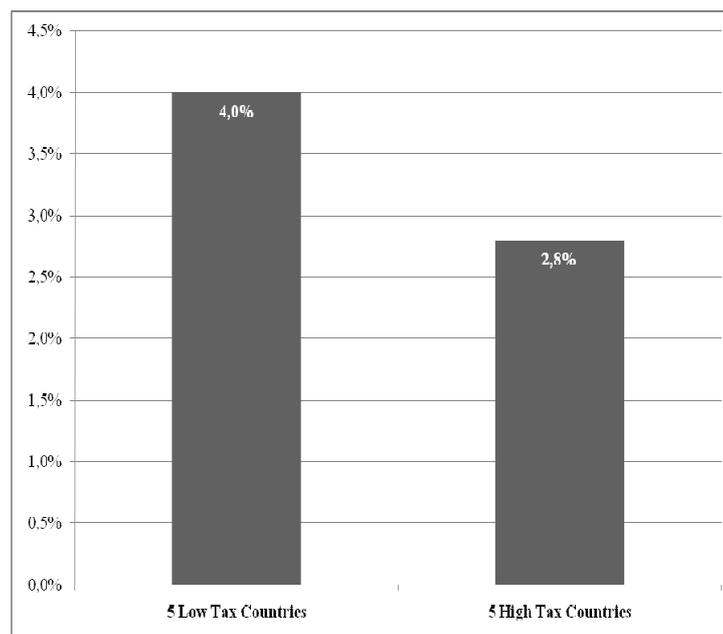
Wie Abbildung 9 zeigt, war die jährliche BIP-Wachstumsrate in den fünf Niedrigsteuerstaaten erheblich höher als in den fünf Hochsteuerstaaten: 4,0 % gegenüber 2,8 %. Offensichtlich erzielten Länder mit niedrigeren Steuerbelastungen höhere Wachstumsraten. Allerdings ist die Aussagekraft dieser Daten begrenzt.

<sup>11</sup> Bei Korea wurde bei den Steuereinnahmen für das Jahr 1970 der Wert von 1972 genommen, da bei der OECD kein Wert für 1970 verfügbar ist.

Letztlich können viele verschiedene Faktoren – Steuern sind nur einer dieser Faktoren – die Wertschöpfung und die Wachstumsrate eines einzelnen Jahres beeinflussen. Um diese von Jahr zu Jahr auftretenden Veränderungen zu berücksichtigen, sollte man also besser das Wachstum des BIP über einen längeren Zeitraum hinweg betrachten.

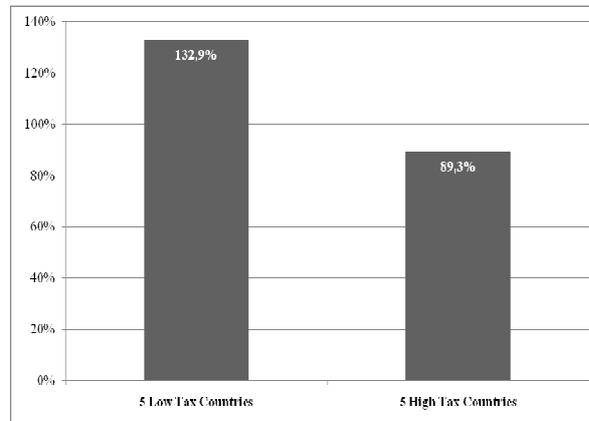
Steuerrelevante Daten sind für die Jahre von 1970 bis 2006 verfügbar. Also ist es sinnvoll, das reale BIP-Wachstum über diesen gesamten Zeitraum hinweg zu betrachten. Die Ergebnisse dieser Betrachtung bestätigen (siehe Abbildung 10): Niedrigere Steuern gehen mit stärkerem Wirtschaftswachstum und höhere Steuern mit geringerem Wirtschaftswachstum Hand in Hand. Ausgedrückt in Form der realen Gesamtwertschöpfung *erzielten die Staaten mit niedrigeren Steuerbelastungen zwischen 1970 und 2007 ein Wachstum von mehr als 132 %, die Hochsteuerländer in diesen 37 Jahren dagegen nur ein Wachstum von 89 %*. Zwar übertraf die kumulierte Wirtschaftsleistung der fünf Niedrigsteuerstaaten bereits zum Beginn dieser Zeitperiode die Wirtschaftsleistung der fünf Hochsteuerstaaten. Doch das höhere Wachstum in den fünf Niedrigsteuerstaaten hat den Abstand zwischen den beiden Ländergruppen über die Zeit hinweg noch vergrößert.

**Abbildung 9: Die BIP-Wachstumsrate der 5 Niedrigsteuerstaaten im Vergleich zu der Wachstumsrate der 5 Hochsteuerstaaten für das Jahr 2007**



Quelle: OECD

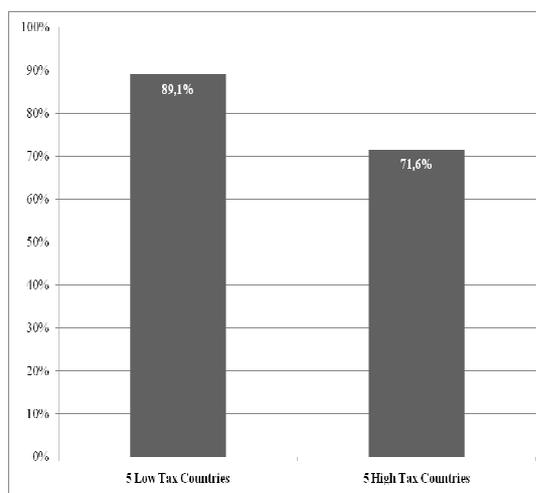
**Abbildung 10: Reales BIP-Wachstum (1970 - 2007) in den 5 Niedrigsteuerstaaten im Vergleich zu den Hochsteuerstaaten**



Quelle: OECD

Eine wichtige Frage ist zudem, wie Steuern auf die Pro-Kopf-Wertschöpfung in diesen Ländern gewirkt haben. Auch das Wachstum des BIP pro Kopf der Bevölkerung war in den fünf Niedrigsteuerstaaten in der Zeitspanne zwischen 1970 und 2007 höher als in den fünf Hochsteuerstaaten (siehe Abbildung 11). So legte die Pro-Kopf-Wertschöpfung in den fünf Niedrigsteuerstaaten um 89,1 % zu, gegenüber 71,6 % in den Hochsteuerstaaten. Noch ein Hinweis: Das BIP pro Kopf der Bevölkerung war in dieser Zeitspanne in den fünf Hochsteuerstaaten größer als in den fünf Niedrigsteuerstaaten. Und dabei ist es auch in 2007 geblieben. Allerdings bedeutet das stärkere Wachstum des BIP pro Kopf der Bevölkerung in den Niedrigsteuerstaaten, dass der Abstand bei der Pro-Kopf-Wertschöpfung zwischen den Hochsteuer- und den Niedrigsteuerstaaten kleiner geworden ist, da der Wohlstand der einzelnen Bürger in den Niedrigsteuerstaaten in dieser Zeit zugenommen hat.

**Abbildung 11: Reales BIP-Wachstum pro Kopf der Bevölkerung (1970-2007) in den 5 Niedrigsteuerstaaten im Vergleich zu den 5 Hochsteuerstaaten**

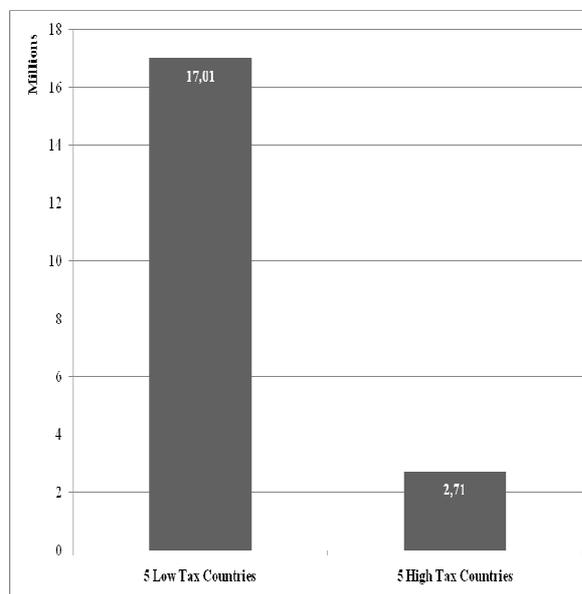


Quelle: OECD

Bei der OECD sind nur begrenzt Daten zur Messung von Wanderungsbewegungen verfügbar. Die verfügbaren Daten legen allerdings einen Schluss nahe: *Sofern sie im Hinblick auf ihren Wohnort die Wahl haben, bevorzugen Bürger generell Länder mit niedrigeren Steuerlasten.* So kommt auch ein Vergleich der Trends bei den internationalen Wanderungsbewegungen zu dem gleichen Ergebnis wie die weiter oben in dieser Studie untersuchten Wanderungsbewegungen zwischen den US-Bundesstaaten. In den 17 Jahren von 1990 bis 2007 zogen 17 Mio. Menschen in einen der fünf Niedrigsteuerstaaten um. Dagegen verlegten nur 2,7 Mio. Menschen ihren Wohnsitz in einen der fünf Hochsteuerstaaten (siehe Abbildung 12).

Die verfügbaren Daten weisen allerdings eine Reihe von Unzulänglichkeiten auf. Das macht die Analyse der internationalen Wanderungsbewegungen schwieriger als die Analyse der Daten in den USA. Erstens berücksichtigen diese Daten nur die Zuwanderung, nicht aber die Netto-Wanderungsbewegungen. Das heißt, sie lassen die Abwanderung außen vor. Zweitens sind sie nur für einen Teil der betrachteten Zeitspanne verfügbar – letztlich nicht einmal für die Hälfte der Zeitspanne, für die Daten zu den Steuern oder den Inlandsprodukten der OECD-Länder vorhanden sind. Trotz dieser Einschränkungen liefern die großen Unterschiede bei den Einwanderungsdaten einen Beweis, dass Steuern bei Wanderungsentscheidungen der einzelnen Bürger ein wichtiger Faktor sind.

**Abbildung 12: Einwanderung von Ausländern (1990 - 2007) in die 5 Niedrigsteuerstaaten und in die 5 Hochsteuerstaaten (in Mio. Personen)**



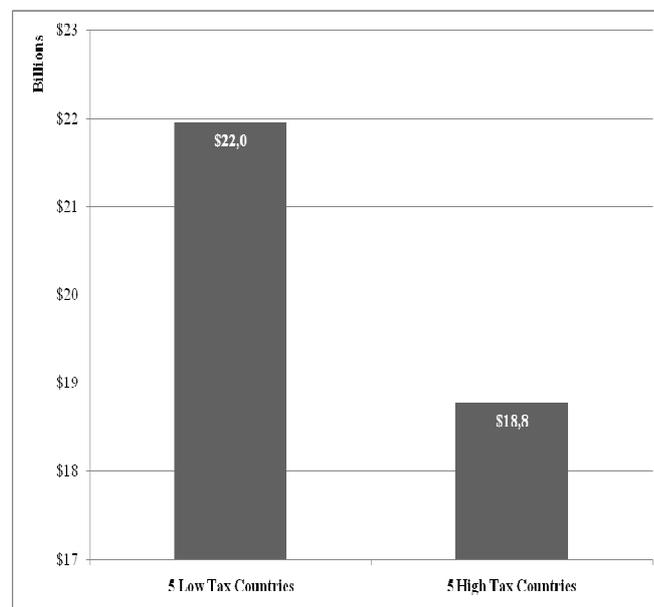
Quelle: OECD

Darüber hinaus gibt es Belege dafür, dass Steuern Investitionsentscheidungen von Ausländern beeinflussen. Wie Abbildung 13 zeigt, betragen die Zuflüsse ausländischer Direktinvestitionen (in US-Dollar) in die fünf Niedrigsteuerstaaten in 2006 22 Mrd. \$ gegenüber 18,8 Mrd. \$ in die Hochsteuerstaaten. Diese Daten legen die Vermutung

nahe, dass *höhere Steuern ausländische Investitionen abschrecken, da sie die Investitionskosten erhöhen*. Bei sonst gleichen Bedingungen bevorzugen Investoren Länder, in denen die Investitionskosten geringer sind und in denen sie folglich einen höheren Return on Invest (ROI) nach Steuern erwarten können.

Tatsächlich basierte das vergleichsweise hohe Wachstum Irlands in den vergangenen Jahrzehnten (obwohl die globale Wirtschaftskrise diese Volkswirtschaft besonders hart getroffen hat) in hohem Maße auf ausländischen Investitionen. Nachdem Irland seine Körperschaftssteuer geradezu dramatisch reduziert hatte, strömte ausländisches Kapital in dieses Land mit traditionell niedrigen Wachstumsraten und löste hier ein enormes Wirtschaftswachstum aus. Wir kommen später noch einmal darauf zurück.

**Abbildung 13: Ausländische Direktinvestitionen 2006 – Zuflüsse in die 5 Niedrigsteuer- im Vergleich zu den Zuflüssen in die 5 Hochsteuerstaaten (in Mrd. US-Dollar)<sup>12</sup>**

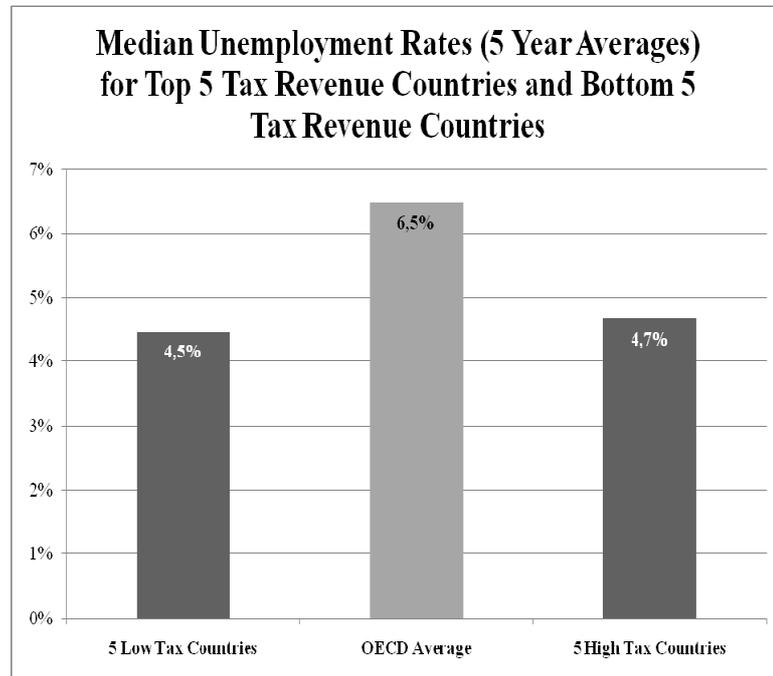


Quelle: OECD

Länder mit niedrigeren Steuern verzeichnen offensichtlich auch niedrigere Arbeitslosenquoten. Wie Abbildung 14 zeigt, waren die Arbeitslosenquoten in den fünf Niedrigsteuerstaaten niedriger als in den fünf Hochsteuerstaaten oder in den OECD-Ländern insgesamt. Ein wichtiger Grund, warum Länder mit niedrigeren Steuern eine geringere Arbeitslosigkeit aufweisen: *Niedrigere Steuern schaffen Anreize, die Beschäftigung auszuweiten*. Absorbiert die Besteuerung weniger finanzielle Ressourcen, verfügen Arbeitgeber über einen größeren finanziellen Spielraum, mehr Arbeitnehmer einzustellen, die eine produktive Beschäftigung suchen.

<sup>12</sup> Daten in US-Dollar-Werten von 2006. Währungen wurden mittels Kaufkraftparität umgerechnet.

**Abbildung 14: Mittlere Arbeitslosenquoten der 5 Niedrigsteuerstaaten im Vergleich zu den 5 Hochsteuerstaaten<sup>13</sup>**

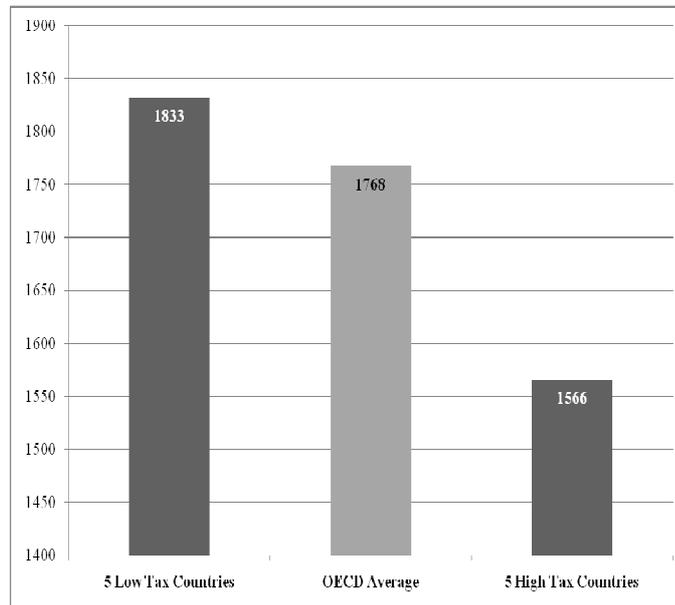


Quelle: OECD

Steuern haben offensichtlich auch einen entscheidenden Einfluss darauf, wie viele Stunden Arbeitnehmer durchschnittlich arbeiten. Wie Abbildung 15 zeigt, *haben die Arbeitnehmer im Jahr 2007 in den fünf Niedrigsteuerstaaten durchschnittlich jährlich 17 % mehr Stunden gearbeitet als in den Hochsteuerstaaten*. In den Hochsteuerstaaten arbeiten die Arbeitnehmer sowohl im Vergleich zu den Niedrigsteuerstaaten als auch im Vergleich mit den OECD-Staaten insgesamt durchschnittlich weniger. Während die Arbeitnehmer in den Niedrigsteuerstaaten etwa 3 % mehr als der OECD-Durchschnitt arbeiteten, haben die Arbeitnehmer in den Hochsteuerstaaten annähernd 15 % weniger Stunden als der OECD-Durchschnitt gearbeitet. Diese Daten legen die Vermutung nahe, dass *höhere Steuern sowohl das Arbeitskräfteangebot als auch die produktive Arbeitszeit von Arbeitnehmern verringern* (jedenfalls bei der offiziell gemeldeten Arbeit). Niedrigere Steuern dagegen beseitigen dieses Hemmnis und gehen mit einem größeren Arbeitszeitvolumen einher, wie das Nobelpreisträger Edward Prescott und andere Ökonomen in ihren Schriften dargelegt haben.

<sup>13</sup> Die Arbeitslosenquoten der Länder wurden auf Basis der Fünf-Jahres-Durchschnittswerte der jährlichen Arbeitslosenquoten zwischen 2003 und 2007 berechnet.

**Abbildung 15: Von Arbeitnehmern in 2007 gearbeitete Gesamtstundenzahlen in den 5 Niedrigsteuerstaaten im Vergleich zu den Hochsteuerstaaten**



Quelle: OECD

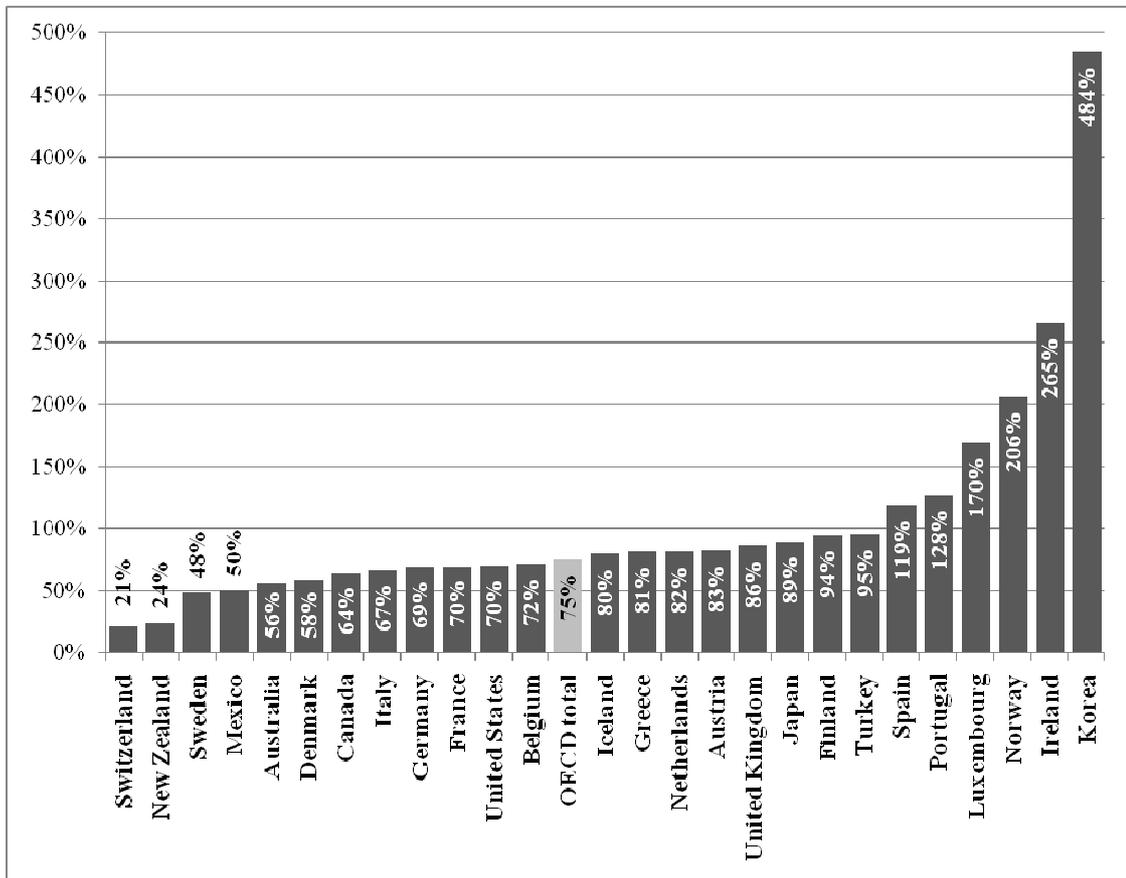
## USA und Deutschland im Vergleich zum OECD-Durchschnitt

Wie Tabelle 4 zeigt, liegt die Steuerbelastung in Deutschland (gemessen als Anteil der Steuereinnahmen am BIP) über dem OECD-Durchschnitt. Die USA auf der anderen Seite sind ein Land mit vergleichsweise niedrigen Steuern (tatsächlich gehören die USA zu den oben genannten Niedrigsteuerstaaten). Um die negative Wirkung der höheren Steuern auf das Wirtschaftswachstum in Deutschland aufzuzeigen, vergleichen wir die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der USA und Deutschlands mit dem OECD-Durchschnitt in den Jahren von 1970 bis 2007. Die Daten zeigen deutlich: In diesen 37 Jahren haben die USA als Niedrigsteuerland ein erheblich höheres Wirtschaftswachstum verzeichnet als Deutschland mit seinen höheren Steuern.

Das reale BIP-Wachstum der OECD-Staaten betrug zwischen 1970 und 2007 durchschnittlich 75 %. Wie Abbildung 16 zeigt, war das Wachstum allerdings von Land zu Land sehr unterschiedlich: Die niedrigsten Wachstumsraten lagen unter 25 %. Das Wachstum der in dieser Zeit am schnellsten wachsenden Länder betrug nahezu 500 %. Interessanterweise waren die beiden am schnellsten wachsenden Länder Korea und Irland. Die beiden nächsten der am schnellsten wachsenden Länder – Norwegen und Luxemburg – nehmen eine Außenseiterrolle ein, da ihr Wachstum jeweils von speziellen Faktoren getrieben wurde (Norwegen verlässt sich in hohem Maße auf seine Einnahmen aus dem Erdölgeschäft, Luxemburg zählt in gewisser Weise zu den Steueroasen in Europa). Korea zählte in dieser Zeitspanne zu den fünf Staaten mit den niedrigsten Steuern, was wir später noch detaillierter betrachten werden. Ein Großteil seines Wachstums verzeichnete Irland, nachdem es die Steuersätze reduziert hatte –

insbesondere die Körperschaftssteuer, womit Irland zu einem der Länder mit den niedrigsten Steuern in der OECD wurde.

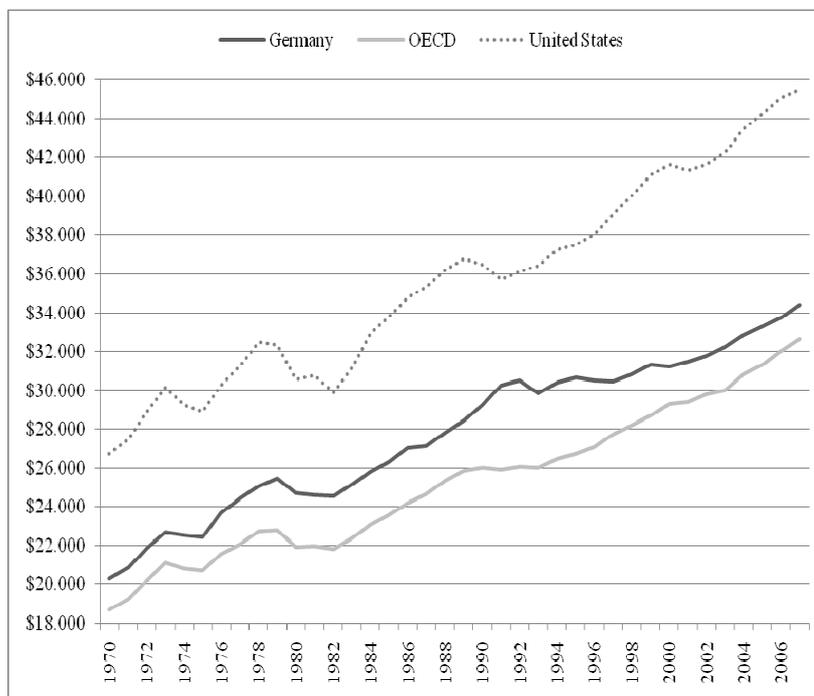
**Abbildung 16: Reales BIP-Wachstum pro Kopf der Bevölkerung in den OECD-Ländern (1970 - 2007)**



Quelle: OECD

In dieser Zeitspanne lag das Wachstum insbesondere in Deutschland (69 %) unter dem OECD-Durchschnitt und war zudem marginal niedriger als in den USA (70 %). Allerdings war die Wertschöpfung pro Kopf der Bevölkerung in der gesamten Periode deutlich geringer als in den USA. Das wiederum bedeutet, dass das Wachstum in absoluten Zahlen in den USA erheblich höher war als das Wachstum in Deutschland. Abbildung 20 zeigt, dass in den USA das BIP pro Kopf der Bevölkerung (in realen US-Dollar) von 27.000 \$ in 1970 auf annähernd 46.000 \$ in 2007 gestiegen ist – ein Anstieg um 19.000 \$ pro Person in 37 Jahren. Auf der anderen Seite legte das BIP pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland von etwas mehr als 20.000 \$ auf 34.000 \$ zu – eine Zunahme um 14.000 \$ pro Person. Dennoch lag das BIP pro Kopf in Deutschland weiterhin über dem OECD-Durchschnitt. Allerdings ist der Abstand zwischen Deutschland und der OECD in 2007 gegenüber 1970 geschrumpft.

**Abbildung 17: Reales BIP pro Kopf der Bevölkerung in Deutschland und in den USA (1970-2007)<sup>14</sup>**



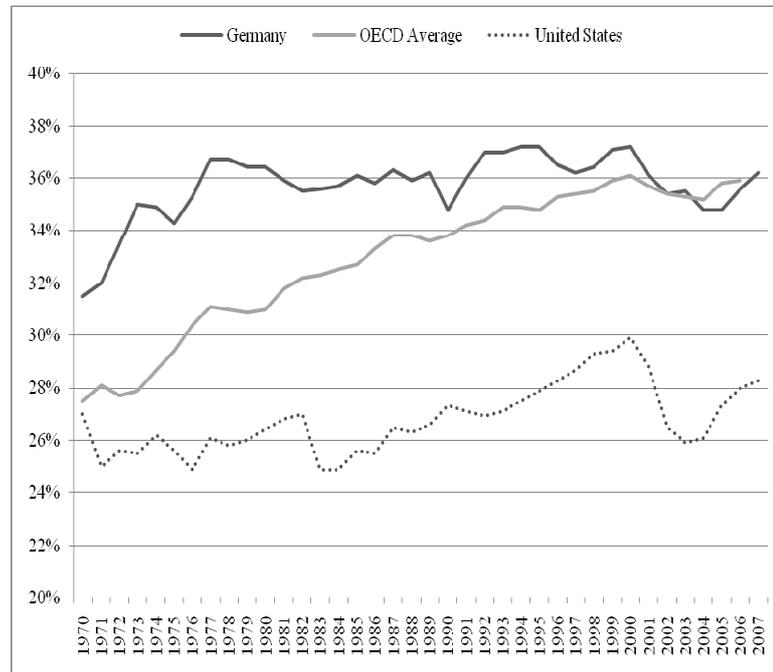
Quelle: OECD

Über die vergangenen vier Jahrzehnte hinweg waren die Steuereinnahmen, gemessen in % des BIP, in den USA generell niedriger als im Durchschnitt der OECD-Staaten. Lediglich in einigen wenigen Ländern wie unter anderem Korea, Mexiko und der Türkei waren sie in dieser Zeit konstant niedriger als in den USA. Bewegte sich die Besteuerung der US-Wirtschaft noch 1970 in etwa auf dem Niveau des OECD-Durchschnitts, weist der langfristige Trend in den USA im Vergleich zum OECD-Durchschnitt von 1970 bis 2007 einen deutlichen Rückgang auf. Während dieser 37 Jahre stiegen die Steuereinnahmen in % des BIP in den USA von 27,5 % auf 28,3 %, im OECD-Durchschnitt dagegen deutlich schneller von 27,5 % auf 35,9 %.<sup>15</sup> Im Gegensatz zu dem tendenziellen Rückgang in den USA liegt Deutschland traditionell deutlich über dem Durchschnitt – obwohl hier die Steuereinnahmen in % des BIP in den vergangenen Jahren nahezu bis auf den Durchschnittswert gesunken sind (siehe Abbildung 18).

<sup>14</sup> Daten in US-Dollar-Werten von 2007. Währungen wurden mittels Kaufkraftparität umgerechnet.

<sup>15</sup> Der OECD-Durchschnittswert von 35,9 % betrifft das Jahr 2006, nicht 2007. Bei der OECD sind bislang noch keine Durchschnittswerte für 2007 verfügbar. Einer Schätzung auf Basis vorläufiger Daten zufolge beträgt der OECD-Durchschnitt für 2007 36,6 %.

**Abbildung 18: Gesamtsteuereinnahmen in % des BIP in Deutschland und in den USA (1970-2007)**



Quelle: OECD

Aus Sicht von Nobelpreisträger Edward Prescott ist die Tatsache, dass *die Amerikaner heutzutage mehr als die Europäer arbeiten, unmittelbar ein Ergebnis der geringeren Steuerbelastung der amerikanischen Arbeitnehmer*.<sup>16</sup> Tatsächlich kam Prescott (2009) zu dem Ergebnis, dass "nahezu all die großen Unterschiede zwischen dem Arbeitskräfteangebot in den USA und in Deutschland sowie in Frankreich auf die Unterschiede in den Steuersystemen zurückzuführen sind". Mit anderen Worten: *Arbeitnehmer arbeiten in Deutschland und in Frankreich in erster Linie deshalb weniger als in den USA, weil die Steuersätze in Amerika niedriger sind als in den beiden europäischen Ländern*.

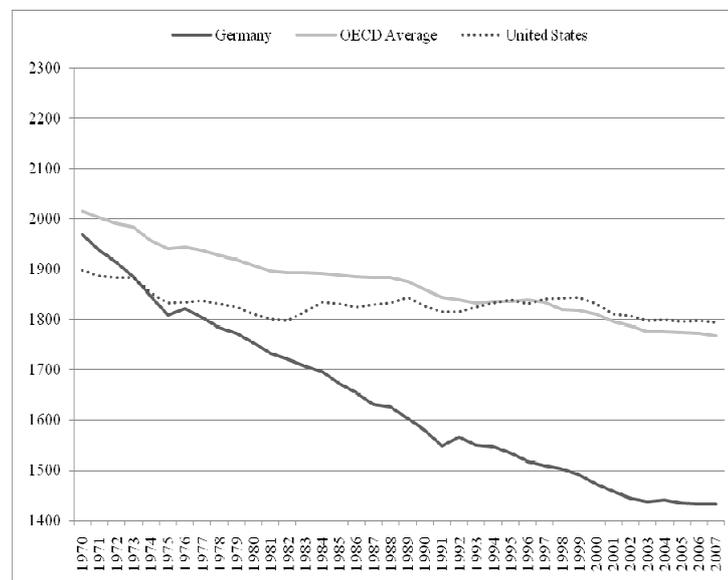
Wie Abbildung 19 zeigt, haben die amerikanischen Arbeitnehmer in 1970 durchschnittlich weniger Stunden gearbeitet als im OECD-Durchschnitt. Mitte der 90er Jahre lag die Zahl der Arbeitsstunden im Durchschnitt der anderen OECD-Länder. In 2007 lag die durchschnittliche Arbeitsstundenzahl in USA über dem Durchschnitt. Besonders interessant: In der gleichen Zeit, in der die durchschnittliche Arbeitsstundenzahl in den USA im Vergleich zum OECD-Durchschnitt nach oben tendierte, ging die durchschnittliche Arbeitsstundenzahl in Deutschland im Vergleich zum OECD-Durchschnitt dramatisch zurück. Noch 1970 arbeiteten deutsche Arbeitnehmer pro Jahr durchschnittlich 71 Stunden länger als der typische Arbeitnehmer in den USA. In 2007 arbeiteten die Arbeitnehmer in den USA im

<sup>16</sup> Edward C. Prescott, "Why Do Americans Work More Than Europeans?" *Wall Street Journal*, 21. Oktober 2004.

Durchschnitt 361 Stunden (mehr als 45 Acht-Stunden-Arbeitstage) länger als ihre deutschen Kollegen.

Diese Daten machen deutlich: In der gleichen Zeitspanne, in der die Steuerbelastung (Steuern in % des BIP) in Deutschland im Vergleich zur Steuerbelastung in den USA erhöht wurde, nahm das Arbeitskräfteangebot in Deutschland im Vergleich zu dem in den USA ab. Das war weniger auf einen Rückgang der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte zurückzuführen. Vielmehr waren die Arbeitskräfte im Durchschnitt weniger bereit, längere Zeit zu arbeiten. Offenbar *reduzieren höhere Steuern – bei ansonsten gleichen Bedingungen – den Grenznutzen zusätzlicher Arbeitszeit* (erhöhen die Kosten zusätzlicher Arbeitszeit). Aus diesem Grund bevorzugen Arbeitnehmer andere Aktivitäten, statt länger zu arbeiten.

**Abbildung 19: Durchschnittliche Stundenzahl, die Arbeitnehmer pro Jahr in Deutschland und in den USA arbeiten (1970-2007)**



Quelle: OECD

Verallgemeinerungen wie bei der Analyse der Effekte der Steuern auf die Gesamtzahl der Arbeitsstunden lassen sich auch hinsichtlich der Eigenschaften der Erwerbsbevölkerung ableiten. Mit anderen Worten: Steuern wirken nicht nur auf die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden negativ, sondern auch auf den Prozentanteil der Erwerbsbevölkerung, der nicht in der Lage ist, eine gewinnbringende Arbeit zu finden. Eine Untersuchung der Beschäftigung in Deutschland und in den USA ergibt wesentliche Unterschiede: Während die Arbeitslosenquote in den USA über die Zeit hinweg rückläufig war, ist sie in Deutschland gestiegen (siehe Abbildung 20). Steigende Arbeitslosenquoten sind ein Hinweis darauf, dass die Grenzkosten der Suche und des Erhalts einer Beschäftigung bei mehr und mehr Arbeitnehmern den Grenznutzen der Arbeit übersteigen. Das ist ohne Zweifel eine Konsequenz der Wirkung hoher Steuern auf die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer auf der einen Seite und den hohen steuerfinanzierten Zuwendungen für Arbeitslose auf der anderen Seite.

Tatsächlich brauchen Staaten mit ausgedehnten Sozialsystemen und großzügiger Arbeitslosenunterstützung hohe Steuereinnahmen, um die entsprechenden Ausgabenprogramme finanzieren zu können. Man könnte hier argumentieren, dass nicht die Steuerlasten per se die Zunahme der Arbeitslosigkeit verursachen, sondern vielmehr die hohe Arbeitslosigkeit die Erhöhung der Steuern notwendig macht, um all jene zu unterstützen, die keine produktive Arbeit finden können. Dieses Argument übersieht allerdings, dass die staatlich erzwungene Umverteilung von Ressourcen aus dem Privaten Sektor der Volkswirtschaft in die staatlichen Sozialsysteme bei diesen Ressourcen jegliche Gewinne verhindert.

Deshalb kann die Rücknahme der Steuerlasten in der Realität tatsächlich je nachdem die Arbeitslosenquote verringern. Werden weniger Ressourcen aus dem Privaten Sektor abgezogen und in staatliche Programme umgeleitet, sind die Anreize für den Privaten Sektor größer, produktiver zu agieren. Wächst der Private Sektor, kann die Arbeitslosigkeit zurückgehen. Denn der Grenznutzen zusätzlich eingestellten Personals nimmt zu. Exakt das scheint in den USA seit 1980 geschehen zu sein. Seit hier Anfang der 80er Jahre die Höchststeuersätze bei der Einkommensteuer zu sinken begannen, fiel die Arbeitslosenquote in den USA über die folgenden 27 Jahre hinweg. 2007 war sie in den USA nicht einmal mehr halb so hoch wie in 1982. Im Gegensatz dazu hat sich die Arbeitslosenquote in Deutschland zwischen 1992 (nach der Wiedervereinigung Deutschlands zum Ende des Kalten Krieges) und 2007 verdoppelt. Folglich verzeichnet Deutschland im Vergleich zu den USA mehr oder weniger einen exakt gegensätzlichen Trend.

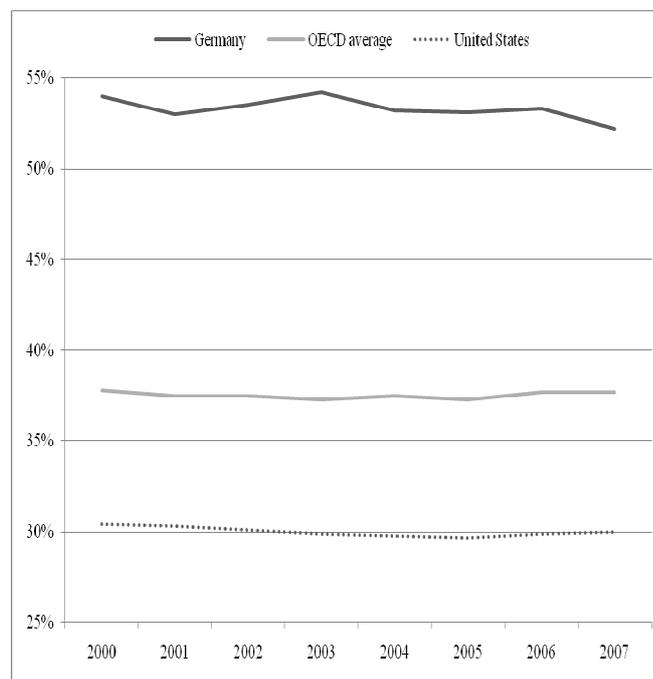
**Abbildung 20: Arbeitslosenquoten in Deutschland und in den USA (1982-2007)**



Quelle: OECD

Abbildung 21 stellt die durchschnittliche Steuerbelastung eines deutschen Arbeitnehmers in Deutschland im Vergleich zu der durchschnittlichen Steuerbelastung in den OECD-Staaten insgesamt und in den USA in der Zeitspanne zwischen 2000 und 2007 dar (nur für diese Zeit sind entsprechende Daten bei der OECD verfügbar). *Die Steuerbelastung deutscher Arbeitnehmer liegt nicht nur deutlich über der amerikanischer Arbeitnehmer, sondern auch deutlich über der des OECD-Durchschnitts.* Während dieser achtjährigen Zeitspanne reichte die Steuerbelastung in Deutschland von 54 % in 2000 bis 52,2 % in 2007. Demgegenüber lag die durchschnittliche Steuerbelastung in der OECD etwas unter 38 %. In den USA überstieg die Steuerbelastung zu keinem Zeitpunkt den Wert von 30,4 %. Tatsächlich gab es in dieser Zeitspanne *nur in zwei OECD-Ländern Zeitpunkte, zu denen die Arbeitnehmer durchschnittlich noch höher mit Steuern belastet wurden als in Deutschland:* in Belgien (55,5 % in 2007) und in Ungarn (54,4 % in 2007). Die Durchschnittssteuerbelastungen mehrerer Länder wie unter anderem Koreas lagen weit unter dem Durchschnittswert und überstiegen in dieser Zeitspanne zu keinem Zeitpunkt den Wert von 20 %.

**Abbildung 21: Durchschnittliche Steuerbelastung der Arbeitnehmer in % der Arbeitskosten in Deutschland und den USA (2000-2007)**



Quelle: OECD

Arbeit ist der wichtigste Produktionsfaktor. Hohe Arbeitslosigkeit und eine geringe Arbeitsstundenzahl bedeuten, dass Deutschland seine personellen Ressourcen im Vergleich zu anderen Ländern auf niedrigem Niveau ausschöpft – was *im Wesentlichen auf die destruktive Steuerpolitik zurückzuführen ist.* Dass Deutschland es nicht geschafft hat, seine Arbeitskräftepotenziale über die Zeit hinweg besser auszuschöpfen,

ist sicherlich ein entscheidender Grund für die im Vergleich zu anderen Industriestaaten wie den USA, China und selbst europäischen Nachbarstaaten wie Irland oder Großbritannien sehr niedrigen Wachstumsraten.

## **Das Zweiländermärchen: Irland versus Schweden**

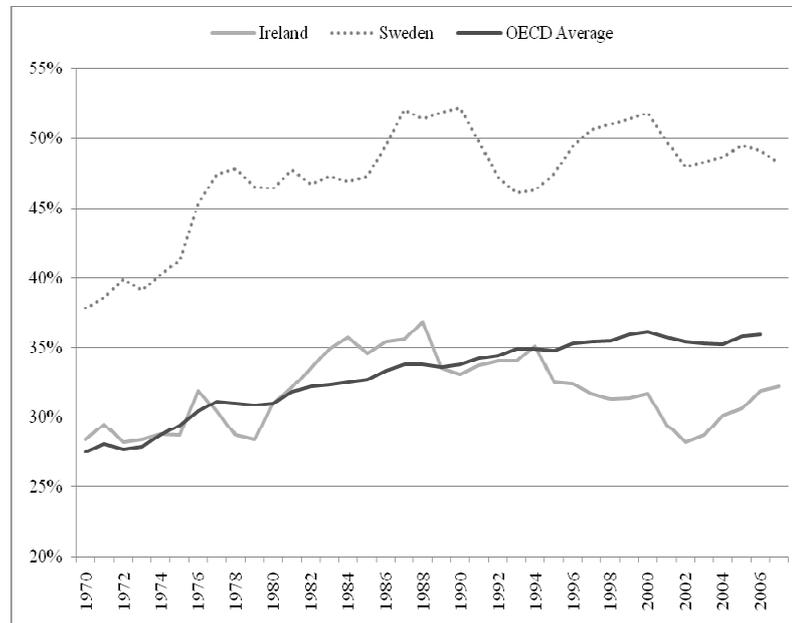
In Sachen Steuern und Wirtschaftswachstum sind Irland und Schweden nahezu komplette Gegensätze: Das eine Land verzeichnet relative Einkommensrückgänge in Kombination mit hohen Steuerlasten, das andere Land erfreut sich hoher Einkommenszuwächse, seit es seine Steuersätze gesenkt hat. Laffer (2004) hat das Beispiel Irland als empirische Bestätigung der Theorie verwendet, die der Laffer-Kurve zugrunde liegt.

### *Veränderungen bei den Steuerlasten*

Aus historischer Sicht zählt Schweden zu den ersten Ländern, die in Richtung Sozial- und Wohlfahrtsstaat aufbrachen. Man war hier eher als in den meisten anderen Ländern bereit, der Regierung bei Sozialleistungen und bei der Sicherung der Einkommen eine bedeutende Rolle einzuräumen. Bezeichnend für den schwedischen Sozial- und Wohlfahrtsstaat ist die ungewöhnlich hohe Steuerbelastung. Von 1970 bis 2007 waren die Gesamtsteuereinnahmen, ausgedrückt in % des BIP, in Schweden im Vergleich zum Durchschnitt der OECD-Länder erheblich höher. Bereits 1970 war die Steuerbelastung in Schweden hoch. In den folgenden vier Jahrzehnten ist sie weiter gestiegen. In 2007 absorbierten Steuern nahezu 50 % des schwedischen BIP. Das durchschnittliche Steueraufkommen der OECD-Länder betrug in diesem Jahr dagegen 35 % des BIP. Der Abstand zwischen den Steuerlasten in Schweden und dem Durchschnitt der OECD-Länder ist im Laufe der Zeit größer geworden.

Im Gegensatz zu der in Schweden tendenziell gestiegenen Steuerbelastung hat Irland seine Gesamtsteuerbelastung gegenüber dem OECD-Durchschnitt verringert. Im Vergleich zu anderen Ländern verzeichnete Irland zwar insgesamt einen moderaten Anstieg seiner Steuerbelastung von 28,5 % in 1970 auf 32,2 % in 2007. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Irland seine Steuerbelastung seit 1994 verringert hat. Ihren untersten Wert in dieser Zeitspanne erreichte sie in 2002.

**Abbildung 22: Gesamtsteuereinnahmen in % des BIP in Irland und in Schweden (1970-2007)**

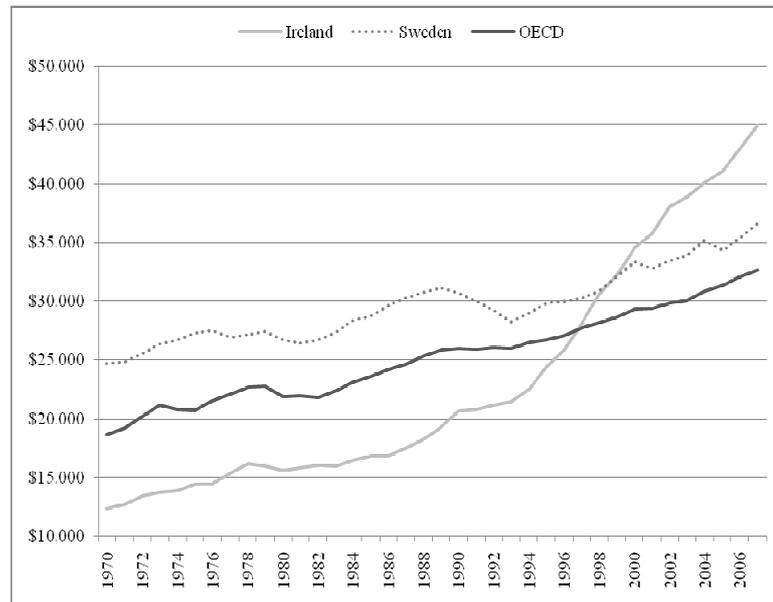


Quelle: OECD

### *Wirtschaftswachstum – der irische Boom*

In 1970 war das BIP pro Kopf der Bevölkerung in Schweden doppelt so hoch wie in Irland. Zudem war das Pro-Kopf-Einkommen in Schweden erheblich höher als im OECD-Durchschnitt – Schweden rangierte hier 32 % über dem Durchschnitt. Im Gegensatz dazu lag das BIP pro Kopf der Bevölkerung in Irland deutlich unter dem OECD-Durchschnitt und betrug weniger als die Hälfte des schwedischen Wertes. Gemessen an europäischen Standards war Schweden ein reiches Land, Irland dagegen ein armes Land. Von 1970 bis 2007 verzeichneten sowohl Schweden und Irland als auch generell die OECD-Länder Wirtschaftswachstum. Dieses war allerdings in der OECD (75 %) deutlich höher als in Schweden (48 %). Beide Wachstumsraten verblasen aber geradezu, vergleicht man sie mit dem Boom in Irland: Zwischen 1970 und 2007 legte das BIP pro Kopf der Bevölkerung in Irland um 265 zu. Lagen hier das Einkommen und das BIP Pro-Kopf der Bevölkerung in 1970 noch unter dem Durchschnitt, überstiegen beide Kennziffern Mitte der 90er Jahre den OECD-Durchschnitt. Zu Beginn des 21sten Jahrhunderts überholte Irland Schweden schließlich. In 2007 übertraf das BIP pro Kopf der irischen Bevölkerung den OECD-Durchschnitt um 38 % und den schwedischen Wert um 23 % (siehe Abbildung 23).

**Abbildung 23: Reales BIP pro Kopf der Bevölkerung in Irland und in Schweden (1970-2007)<sup>17</sup>**



Quelle: OECD

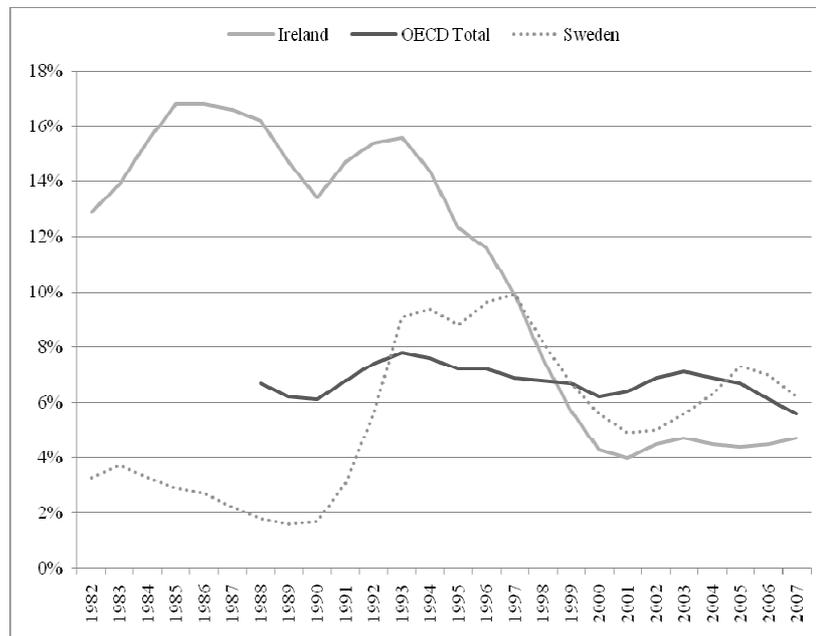
### *Arbeitslosigkeit und Wanderungsbewegungen*

Anfang der 80er Jahre war die Arbeitslosenquote Irlands hoch mit steigender Tendenz – sowohl in absoluten Werten als auch im Vergleich zum OECD-Durchschnitt. 1985 betrug die Arbeitslosenquote Irlands nahezu 17 %, fast das Doppelte der durchschnittlichen Arbeitslosenquote der OECD-Länder (6,7 %) und annähernd das Sechsfache der sehr niedrigen Arbeitslosenquote Schwedens (2,9 %). Seit 1994 zeigte die irische Arbeitslosenquote einen steilen Abwärtstrend: Sie fiel von 14,4 % auf 4,7 % in 2007.

Der Trend in Schweden zeigte in die entgegen gesetzte Richtung. 1990 betrug die schwedische Arbeitslosenquote 1,7 %, stieg aber bis 1997 auf 9,9 % an. In der folgenden Dekade ging sie wieder bis auf 6,2 % in 2007 zurück, lag damit aber etwas über dem OECD-Durchschnitt. In 2007 lag die Arbeitslosenquote Schwedens um mehr als 20 % über der von Irland.

<sup>17</sup> Daten in US-Dollar-Werten von 2007. Währungen wurden mittels Kaufkraftparität umgerechnet.

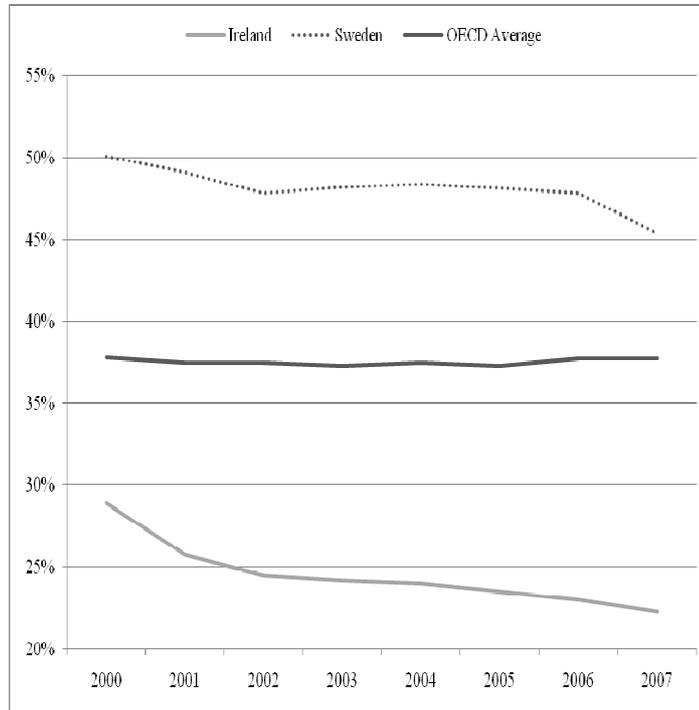
**Abbildung 24: Arbeitslosenquoten in Irland und Schweden (1982-2007)**



Quelle: OECD

Seit der Jahrtausendwende war die durchschnittliche Steuerbelastung der Arbeitnehmer in Schweden deutlich höher als die in Irland. In 2000 machten Steuern etwa 50 % der schwedischen Arbeitskosten aus, gegenüber nur 25,8 % in Irland und 37,5 % im OECD-Durchschnitt. Zwar war die durchschnittliche Steuerbelastung der Arbeitnehmer in Schweden in den Jahren von 2000 bis 2007 gegenüber dem OECD-Durchschnitt (der in dieser Zeitspanne praktisch konstant blieb) rückläufig. In Irland war der Rückgang aber noch stärker: 2007 betrug die Steuerbelastung in Schweden 45,4 %, in Irland aber nur 22,3 %. In diesem Jahr betrug die durchschnittliche Steuerbelastung der Arbeitnehmer in der OECD 37,5 %. In Irland, wo die Steuerbelastung nur halb so hoch war wie in Schweden, fiel die im Vergleich zu Schweden ursprünglich deutlich höhere Arbeitslosigkeit deutlich unter das schwedische Niveau. Die Steuersenkungen in Irland schufen Beschäftigungsmöglichkeiten, während die hohen Steuern in Schweden Beschäftigungsmöglichkeiten vernichteten. *Von Steuersenkungen profitieren also nicht nur die Wohlhabenden, sondern besonders auch diejenigen in der Bevölkerung, die nur mit Mühe eine Beschäftigung finden* (siehe Abbildung 25).

**Abbildung 25: Durchschnittliche Steuerbelastung der Arbeitnehmer in % der Arbeitskosten in Irland und Schweden (2000-2007)**



Quelle: OECD

Die Nettowanderungsbewegungen Irlands wiesen zwischen 1970 und 2007 enorme Schwankungen auf. Tatsächlich war die Nettowanderungsquote dieses Landes über einen großen Teil dieser Zeit – 1978 bis 1990 – negativ (siehe Abbildung 26). Besonders interessant an der irischen Nettowanderungsquote der späten 80er Jahre bis 2007: Es sind mehr Personen nach Irland gezogen, als Personen von dort weggezogen sind. Über seine Historie hinweg war Irland traditionell ein Land, aus dem viele Menschen auswanderten. Tatsächlich war die berühmte-berühmte ‚Potato Famine‘<sup>18</sup> Mitte des 19ten Jahrhunderts für viele Menschen ein wichtiger Grund, Irland zu verlassen. Seither schrumpfte die irische Bevölkerung. Angesichts der niedrigeren Körperschaftssteuern und der niedrigeren Gesamtsteuerbelastung scheint Irland heute aus Sicht vieler Menschen ein attraktiver Wohnsitz zu sein. In der gleichen Zeit, in der Irland einen steilen Anstieg seiner Nettozuwanderungsquote verzeichnete, gab es in Schweden hier keinerlei Veränderungen. Ein Hinweis darauf, dass mehr und mehr Personen die Lebensqualität in Irland seit den Steuersenkungen als höher ansehen, als das bei Schweden der Fall ist.

<sup>18</sup> Große Hungersnot in Irland, die eine Folge mehrerer Kartoffel-Missernten war.

**Abbildung 26: Nettowanderungsquote pro 1.000 Einwohner in Irland und in Schweden (1970-2007)<sup>19</sup>**



Quelle: OECD

<sup>19</sup> Aus den Daten in Abbildung 26 wurden glatte Kurven erzeugt.

## Generelle Schlussfolgerungen

Der Umfang der Regierungsaktivitäten ist über das Maß hinausgewachsen, das dem unternehmerischen Talent der Bürger und ihrer Produktivität volle Entfaltungsmöglichkeiten bietet.

Vor diesem Hintergrund beeinträchtigen Regierungen, die Steuern zur Finanzierung ihrer Aktivitäten erhöhen, zunehmend die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ihrer Bevölkerungen.

Dort in der Welt, wo vergleichsweise niedrige Steuern beibehalten wurden (Beispiele sind die USA, Hongkong, Korea und Singapur), prosperieren die Volkswirtschaften der Länder kräftiger als dort, wo die Steuern signifikant erhöht wurden. Es gibt auf der Welt nichts kostenlos. Gut gemeinte Programme des deutschen Sozial- und Wohlfahrtsstaats, die unter Reichskanzler Otto von Bismarck vor mehr als einhundert Jahren ihren Ursprung nahmen, erscheinen vielleicht human und angenehm. Allerdings bürden sie Arbeitnehmern und Investoren enorme Lasten auf, sie vermindern den Anreiz zum Arbeiten und für Investitionen und verringern damit die Wertschöpfung sowie die Einkommen.

Der Private Sektor der Volkswirtschaft bemüht sich um Effizienz, da er dem Wettbewerb der Märkte ausgesetzt ist. Hier führt mehr Effizienz zu höheren Gewinnen. Der Lohn für Arbeit und Investitionen ist höher. Regierungen dagegen agieren eher monopolistisch und sind weniger dem Wettbewerb ausgesetzt. Sie müssen im Endeffekt keine Gewinne erzielen und haben damit geringere Anreize, effizient zu agieren.

Höhere Steuern ziehen finanzielle Ressourcen aus dem hochgradig produktiven Privaten Sektor ab und transferieren diese Ressourcen in den weniger effizienten Öffentlichen Sektor der Volkswirtschaft. Das Ergebnis kann kaum erstaunen: ein niedrigeres Wirtschaftswachstum.

Die Beweise liegen auf der Hand: Steuern haben eine enorme Wirkung. Deutschland wäre gut beraten, von Ländern mit niedrigeren Steuern wie Irland oder auch den USA zu lernen und seine künftige Fiskalpolitik an den dortigen Erfahrungen zu orientieren.

## Literaturhinweise

Bovenberg, A. Lans, Johan J. Graafland und Ruud A. de Mooij. 1998. "Tax Reform and the Dutch Labor Market: An Applied General Equilibrium Approach." *NBER Working Paper #6993*. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.

Carroll, Robert. 2009. "The Excess Burden of Taxes and the Economic Cost of High Tax Rates." Washington, DC: The Tax Foundation.

Cox, Wendall und E.J. McMahon. 2009. "Empire States Exodus: The Mass Migration of New Yorkers to Other States." Albany, New York: Empire Center for New York State Policy.

Due, John F. 1961. "Studies of State-Local Tax Influences on Location of Industry." *National Tax Journal* June 1961.

Engen, Eric M. und Jonathan Skinner. 1996. "Taxation and Economic Growth." *NBER Working Paper #5826*. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.

Feldstein, Martin. "The Effect of Taxes on Efficiency and Growth." *NBER Working Paper, #12201*. Cambridge, MA: National Bureau of Economic Research.

Furceri D. und G. Karras. 2009. "Tax Changes and Economic Growth: Empirical evidence for a panel of OECD countries." Manuscript, University of Illinois.

Genetski, Robert J. und Young G. Chin. 1978. "The Impact of States and Local Taxes on Economic Growth." Chicago: Harris Bank.

Jones, Randall S. und Masahiko Tsutsumi. 2008. "Reforming the Tax System in Japan to Promote Fiscal Sustainability and Economic Growth." *OECD Economics Department Working Papers*, No. 650. Paris: OECD Publishing.

Laffer, Arthur B. 2004. "The Laffer Curve: Past, Present, and Future." *Backgrounder* No. 1765. Washington, DC: The Heritage Foundation.

Lee, Young und Roger H. Gordon. 2005. "Tax Structure and Economic Growth." *Journal of Public Economics* 89:1027-1043.

McGrattan, Ellen R. und Edward C. Prescott. 2001. "Taxes, Regulations, and Asset Prices." Minneapolis: Federal Reserve Bank of Minneapolis, Research Department.

Oakland, William H. 1978. "Local Taxes and Intraurban Industrial Location; A Survey" in George F. Break, ed. *Metro Financing and Growth Management Policies*. Madison, WI: University of Wisconsin Press.

Prescott, Edward C. 2004. "Why Do Americans Work So Much More than Europeans?" *Federal Reserve Bank of Minneapolis Quarterly Review* 28(1):2-13

\_\_\_\_\_. 2004. "Why Do Americans Work More Than Europeans?" *Wall Street Journal*, October 24.

Spengel, Christoph. 1999. "Effective Marginal Tax Rates for U.S. Investors in Germany and Europe: An Analysis of Recent Tax Reforms in Germany," Working Paper, Center for European Economic Research (ZEW) and the University of Mannheim, September.

Vedder, Richard K. 1981. "State and Local Economic Development Strategies: A 'Supply Side' Perspective." Staff Study, Joint Economic Committee of Congress. Washington, DC: Government Printing Office.

\_\_\_\_\_. 1995. "State and Local Taxation and Economic Growth: Lessons for Federal Tax Reform." Washington, DC: Joint Economic Committee of Congress, December.

\_\_\_\_\_. 2001. "Taxes and Economic Growth." Cedarburg, Wisconsin: Taxpayers Network Inc.